

# LANDTAGS NACHRICHTEN

4. Juli

5 / 2014

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Europa-Debatte in der Aktuellen Stunde +++ Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in M-V“ +++  
Erfolgreiches Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ +++ Jugendprojekt in Ravensbrück  
+++ Das war der „Tag der offenen Tür“ 2014 im Landtag +++



Titelfoto (Jörn Lehmann) : Das Schweriner Schloss von Norden

3	GASTKOLUMNE	Lutz Schumacher, Chefredakteur und Geschäftsführer der Mediengruppe Nordkurier Neubrandenburg, zum Ergebnis der Kommunalwahlen
4–21	AUS DEM PLENUM	
4–5	AKTUELLE STUNDE	„Europa tut gut“
6–10	BERICHTE	Tätigkeitsbericht 2013 des Petitionsausschusses Bericht des Bürgerbeauftragten für das Jahr 2013 Energiewende braucht Forschung Artgerechte Tierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern Zwischenbericht der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
11	WEITERE BESCHLÜSSE	Landesverwaltungsverfahrensgesetz Staatsvertrag mit Brandenburg zur Sicherungsverwahrung Entfristung Nichtraucherschutzgesetz Erklärung des Ministerpräsidenten zu seiner Russlandreise
12–21	AUSZÜGE AUS DER DEBATTE	Unterrichtung durch die Landesregierung zur Umsetzung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“
22–25	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	<i>Enquete-Kommission:</i> Besuch des Biotechnikums Greifswald (Hilfssysteme in der häusl. Pflege) <i>Bildungsausschuss:</i> Unterrichtungsfahrt nach Peenemünde <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Branchentag Ernährungswirtschaft <i>Europa- und Rechtsausschuss:</i> Parlamentsforum Südliche Ostsee Europäischer Tag der Meere in Bremen <i>Wirtschaftsausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zu Ferienwohnungen in Wohngebieten <i>Finanzausschuss:</i> Öffentliche Anhörung zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Bestimmungen des Landes
26–31	PANORAMA	Jugendbegegnungstage in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück Rückblick: „Tag der offenen Tür“ im Landtag

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
- Öffentlichkeitsarbeit -  
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:**

Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

# Vor Ort sein und zuhören

Die gute Nachricht vorweg: Bei den Kommunalwahlen haben rund 641.000 Menschen gewählt. Die schlechte: Das waren nur 46,5 Prozent. Einer Mehrheit der Wahlberechtigten ist es offenbar gleichgültig, wer bei uns über Straßen, Kitas oder Kultureinrichtungen entscheidet. Man könnte natürlich sagen, die Bürger sind so zufrieden, dass sie Wählen gehen nicht für nötig halten. Weil es ja so gut läuft und sie der Politik vertrauen. Aber auf diese Idee werden hoffentlich nicht einmal Optimisten kommen.

Schauen wir auf das Abstimmungsverhalten der Restwähler. Sie haben die CDU überraschend stark gemacht, die SPD fast überall auf den dritten Platz geschoben und die Linke im Status Quo belassen. Natürlich waren die Kommunalwahlen nicht automatisch ein Stimmungstest für die Landtagswahl 2016. Aber interessant ist schon, dass sich damit auch in M-V ein Trend andeutet, der in den meisten neuen Ländern bereits seit Jahren Wirklichkeit ist. Einem dominierenden bürgerlichen Lager steht eine weniger starke, aber durchaus relevante Linke gegenüber, in der sich Strukturkonservative, Nostalgiker und sozial Bewegte sammeln. Dazwischen bewegen sich geschrumpfte Sozialdemokraten, die so richtig zu beiden Lagern nicht passen. Die SPD kann Wahlen daher nur dann für sich entscheiden, wenn sie einen populären Spitzenkandidaten hat – wie zuletzt noch in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

Kurioserweise sinkt mit den Prozenten jedoch nicht der tatsächliche Einfluss der SPD. Da sie im Osten mit beiden Lagern kann, ergeben sich nach Wahlen diverse Koalitionsoptionen, von denen sie auf Landes- und Kommunalebene auch reichlich Gebrauch macht. Zum Leidwesen der Union, die ihre zum Teil beachtlichen Wahlerfolge kaum auskosten kann, da sie fast immer auf die SPD angewiesen ist. Der CDU fehlen Partner. Die FDP? Am Boden. Die AfD? Politisch nicht gewollt. Linke? Noch undenkbar. Grüne? Von der Bevölkerung nicht geliebt.

So bleibt der CDU nichts anderes übrig, als das zu tun, was sie im Bund und in den Ländern erfolgreich tut. Still und leise arbeiten, keine Reibungsfläche bieten. Wer nicht auffällt, einig und verlässlich wirkt, kann zumindest den bürgerlichen Teil der Restwähler binden und bekommt Wahl-



Foto: Nordkurier

*Lutz Schumacher (46) ist Chefredakteur und Geschäftsführer der Mediengruppe Nordkurier aus Neubrandenburg.*

ergebnisse bis über die 40 Prozent. Aber auch Linke und SPD stecken fest. Die Linke kann eigentlich keine neuen Wege gehen, ohne zu riskieren, ihre Stammwähler zu verprellen. Ist sie dagegen zu ostalgisch, gewinnt sie keine neuen Anhänger. Die SPD kann entweder scharfe Positionen beziehen, die dann aber bei der Linken bereits im Original vorhanden sind, oder aber pragmatisch handeln – das jedoch kann die Union besser. Das politische Gesamtgebilde ähnelt daher einem Mikado-Spiel: Wer sich als erster bewegt, hat verloren. Das spüren die Bürger – und bleiben daheim. Demokratie lebt eben vom Wettstreit der Ideen. Wenn gravierende politische Entscheidungen anstehen und zwei Lager um die Vorherrschaft ringen – nur dann kommen Menschen zu Wahlen.

## „ Demokratie lebt vom Wettstreit der Ideen. „

Solange ein politischer Generalstreit nicht in Sicht ist, hätte ich eine andere Idee. Wie wäre es mit kleinen Schritten? Vor allem im Osten unseres Landes sind wieder viel zu viele Stimmen bei den Nazis gelandet. In Anklam ist die „Fraktion“ der SPD genau so „groß“ wie die der NPD. Auf Usedom stimmten zwölf Prozent für die Rechtsextremen. Beklagenswert, bedauerlich, kritikwürdig – so der einhellige Tenor der Demokraten. Aber reicht das öffentliche Wehklagen? Wie wäre es mit mehr ehrlicher und nicht nur kurz vor Wahlen einsetzender Präsenz in den Dörfern und Städtchen im Osten? Gar nicht mit Versprechungen von blühenden Landschaften, an die dort ohnehin niemand mehr glaubt. Sondern einfach durch Vor-Ort-sein und Zuhören. Das kostet die eine oder andere Fahrt auf der A20 und bringt bestimmt eine Menge unangenehmer Gespräche mit sich. Es würde sich aber lohnen.

**Lutz Schumacher**

# Landtag würdigt Europa

Parlamentarier nutzen Aktuelle Stunde, um für EU-Wahlteilnahme zu werben

Mit Blick auf die Europa-Wahl Ende Mai hat die SPD die EU-Politik schon zehn Tage zuvor im Landtag zum Thema gemacht. In Anlehnung an den Werbeslogan des Landes „MV tut gut“ stellten die Sozialdemokraten die Aktuelle Stunde am 14. Mai unter das Motto „Europa tut gut“. In der Debatte hoben die demokratischen Parteien die friedensstiftende Rolle der Europäischen Union hervor und warben für eine rege Wahlbeteiligung.

Die SPD-Abgeordnete **Stefanie Drese** verwies darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern mit Hilfe der EU wirtschaftlich stark aufgeholt habe. „Unser Land hat allein in der letzten Förderperiode von 2007 bis 2013 rund 2,65 Milliarden Euro aus Brüssel erhalten“, erinnerte sie. Nun gehöre M-V nicht mehr zu den Regionen mit höchster Förderpriorität. Das Land werde aber weiterhin erhebliche finanzielle Mittel aus Brüssel erhalten. „An vielen Baustellen in Mecklenburg-Vorpommern kommt nicht nur das Schild am Bauzaun von der EU“, sagte Drese. Doch habe das Land auch im „umfassenden Sinn“ von Brüssel profitiert. Sie nannte als Beispiele unter anderem die Abschaffung der Handelsbarrieren, den ungehinderten grenzüberschreitenden Verkehr, Kooperation bei Forschung und Entwicklung sowie die Zusammenarbeit im Ostseeraum. „Freiheit und Frieden mit allen Nachbarn“, hob sie hervor. Und dies sei nicht selbstverständlich.

„Die europäische Einigung ist das größte Friedensprojekt, und das soll so bleiben“, betonte auch Ministerpräsident **Erwin Sellering**. Die fortwährende Krise um die Ukraine zeige, wie wichtig es sei, weiter um friedliche Konfliktlösungen zu ringen. Die EU garantiere zudem grundlegende Bürgerrechte wie Meinungs-, Presse- und Reisefreiheit. Der Ministerpräsident hob auch die Leistungen der EU für den Aufbau Mecklenburg-Vorpommerns hervor. Seit 1991 seien rund 7,5 Milliarden Euro aus Brüssel ins Land geflossen. Damit sei die Infrastruktur modernisiert und die Wirtschaftskraft spürbar gestärkt worden. Auch als Markt spielten die Länder der EU eine maßgebliche Rolle. Zwei Drittel der Exporte Mecklenburg-Vorpommerns gingen in den europäischen Binnenmarkt. „Europa steht heute für gute Arbeit und soziale Sicherheit“, betonte der Regierungschef und warb für rege Teilnahme an der Europawahl am 25. Mai und die Stärkung der demokratischen Kräfte.

Für die Linke bekannte sich der Abgeordnete **Dr. André Brie** zur europäischen Integration, benannte aber gleichzeitig Defizite der aktuellen Politik. Er forderte mehr Transparenz und verbesserte soziale Standards. „Europa tut gut, aber Europa könnte noch besser tun“, sagte Brie. „Für mich möchte ich betonen, dass zumindest ein Europa guttut, das nicht lediglich eine Freihandelszone ist.“ Europa müsse sich für die Menschen einsetzen und sozial sein. „Davon sind wir sicherlich noch ein Stück entfernt“, sagte Brie. Die Forderung nach mehr „Teilhabe vor Ort“ für Europa unterstütze er. Das müsse aber auch für die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen gelten. In das Verfahren sollte die Öffentlichkeit stärker einbezogen werden. Am Ende dürften keine Abstriche an europäischen Standards zugelassen werden. Wenn weniger Menschen wählen gehen, zeugt dies seiner Ansicht nach nicht von Desinteresse an Politik, sondern von „Desinteresse der Menschen an einer Politik über ihre Köpfe hinweg, ob bei Europa-, Kommunal- oder Landtagswahlen“, sagte der Parlamentarier.

CDU-Fraktionschef **Vincent Kokert** trat den EU-Kritikern entgegen. „Sie übersehen, dass die EU ein Erfolgsmodell ohne Beispiel ist. Die EU steht für Frieden und Wohlstand“, sagte er und verwies auf Bestrebungen, dieses Modell auf anderen Kontinenten zu kopieren. M-V habe massiv von der Hilfe der EU profitiert. „Wir haben viel mehr Geld bekommen, als wir jemals gezahlt haben“, entgegnete er auf Einwürfe der rechtsextremen NPD, nach deren Meinung die europäische Integration Deutschland vor allem Nachteile bringt. „Deutschland ist der größte Profiteur von der Europäischen Union und von dem Euro“, betonte er. Dennoch sei klar, dass man in einem Staatenverbund nicht nur nehmen könne, sondern auch mal zurückstecken müsse. „Mir passt es auch nicht, dass sich die Europäische Union mit Ölleuchtern auf



Stefanie Drese (SPD)



Ministerpräsident Erwin Sellering

Restauranttischen beschäftigt. Aber würde ich deswegen das ganze System sofort infrage stellen und die 98 Prozent, die positiv sind, einfach so vom Tisch fegen?“, fragte Kokert.

Nach Ansicht der Grünen-Abgeordneten **Jutta Gerkan** basiert die in der Bevölkerung weit verbreitete Europaskepsis vor allem auf fehlenden Informationen und mangelnder Teilhabe. „Die EU braucht mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz, um die Menschen zu erreichen“, mahnte die Oppositionspolitikerin. Zudem gelte es, verstärkt gemeinsame Werte wie Menschenrechte, Toleranz und Demokratie gegen Angriffe von Rechtspopulisten, Nationalisten und Rechtsextremen zu verteidigen. „Wir dürfen nicht länger die Landes- und Europapolitik gegeneinander ausspielen. Wir brauchen eigentlich noch viel mehr Europa“, sagte Gerkan und forderte unter anderem „eine europäische Energiewende statt eines Comebacks von Kohle und Atom“ sowie „einen europaweiten Verbraucherschutz statt eines intransparenten Freihandelsabkommens“. Auch eine europäische Bankenunion sei vonnöten, „die dafür sorgt, dass Banken in Europa geordnet abgewickelt werden, ohne die Steuerzahler mit Milliardenbeträgen zu belasten“, sagte die Grünen-Politikerin.

Nach Auffassung von NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** tut Europa nicht gut, sondern weh. Zum Beispiel der Jugend, die durch Europa verraten werde, wie Pastörs sagte. In Spanien beispielsweise gebe es durch die EU-Politik eine Arbeitslosigkeit von über 50 Prozent bei jungen Leuten unter 25 Jahren. Es herrsche auch kein Frieden in Europa. „Wir haben in Europa einen Finanzkrieg, und dieser Finanzkrieg ist ausgelöst worden durch die Gleichmacherei in Ihrem Europa, durch die Einführung einer Gaunerwährung, die Sie Euro nennen und auch noch feiern“, sagte der NPD-Politiker. Die Bundesrepublik Deutschland hafte für die Schulden anderer Länder „auf Kosten der Zukunft unserer Jugend“, sagte Pastörs. „Die EU ist eine Institution, die Deutschland eben nicht bereichert, sondern entreichert, und zwar nicht nur finanziell, sondern auch kulturell und wirtschaftlich“, meinte der Abgeordnete.

**Detlef Müller** (SPD), Vorsitzender des Europa- und Rechtsausschusses, bedauerte, dass europäische Themen im Landesparlament noch zu wenig Beachtung finden. Denn in Brüssel würden viele Regelungen beschlossen, die auch für M-V interessant sind. Der Europa-Ausschuss befasse sich

dagegen regelmäßig damit. So sei jüngst der griechische Botschafter zu Gast gewesen, um erste Ergebnisse der griechischen Ratspräsidentschaft vorzustellen. Zudem haben die Ausschussmitglieder mit der Justizministerin über die Einrichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft beraten, wie Müller berichtete. Es sei für den Ausschuss aber auch wichtig, selbst in Brüssel Gesicht zu zeigen. „Denn immer mehr spielt die Musik in Brüssel, und wir sollten aufpassen, dass die eine oder andere Melodie aus Mecklenburg-Vorpommern auch dabei ist“, sagte Müller. Die Entscheidung, einen Abgeordneten als ordentliches Mitglied beziehungsweise als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss der Regionen für M-V zu berufen, sei richtig und gut.

Fotos: Uwe Bolewski



Vincent Kokert (CDU)



Jutta Gerkan (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)



Udo Pastörs (NPD)



Dr. André Brie (DIE LINKE)



Detlef Müller (SPD)

# Anwalt der Bürger

Petitionsausschuss legt Jahresbericht 2013 vor

Immer mehr Menschen in Mecklenburg-Vorpommern reagieren unmittelbar auf Entscheidungen aus Politik und Verwaltung, mit denen sie unzufrieden sind. So haben sich im vergangenen Jahr rund 9.700 Bürger an den Petitionsausschuss des Landtages gewandt, ein Großteil davon mit Sammelpetitionen. Insgesamt gingen 826 Eingaben ein.

Foto: Cornelius Kettler



Manfred Dachner, Vorsitzender des Petitionsausschusses

Das seien 159 Beschwerden mehr als im Jahr davor, sagte der Ausschuss-Vorsitzende **Manfred Dachner**, der am 14. Mai den Jahresbericht 2013 im Landtag vorstellte. Als Beispiel nannte Dachner unter anderem die Eingabe von 185 Mitgliedern einer Bürgerinitiative, die gemeinsam gegen die geplante Ausweisung eines Eignungsgebietes für Windkraftanlagen protestierten. Neben der Umsetzung der Energiewende sei auch die Gerichtsstrukturreform Gegenstand mehrerer Sammelpetitionen gewesen, sagte Dachner. Insgesamt 753 Bürger setzten sich dem Bericht zufolge für den Erhalt aller 21 Amtsgerichte ein. Die Reform sieht die Schließung von fünf Standorten vor.

In 68 Fällen hat der Ausschuss laut Dachner erreicht, dass dem Anliegen der Beschwerdeführer in vollem Umfang entsprochen wurde. „In einer Vielzahl weiterer Fälle wurden Kompromisse erzielt“, sagte er. 17 Petitionen seien an



Foto: Uwe Balewski

Petitionsausschuss des Landtages v.r. Jutta Gerkan (B'90/DIE GRÜNEN), Heino Schütt (CDU), Barbara Borchardt (DIE LINKE), Maika Friemann-Jennert (CDU), Vorsitzender Manfred Dachner (SPD), Detlef Lindner (CDU), Jacqueline Bernhardt (DIE LINKE), Tino Müller (NPD). Auf dem Foto fehlen Katharina Feike (SPD), Inguld Donig (SPD) und Nils Saemann (SPD).

die Landesregierung und an die Landtagsfraktionen überwiesen worden, um entweder Gesetzesänderungen und -initiativen anzuregen oder auf die Anliegen der Petenten besonders aufmerksam zu machen.

Auf die Bahn bezog sich ein Beispiel, das der CDU-Abgeordnete **Detlef Lindner** hervorhob. Darin forderten Petenten, dass Jahreskartenbesitzer weiterhin ihre Fahrräder kostenlos in Regionalzügen mitnehmen dürfen. Lindner versprach, weiter mit Bahn und Verkehrsministerium zu verhandeln, um hier Ergebnisse im Interesse der Bürger zu erreichen.

**Barbara Borchardt** (DIE LINKE) bedauerte, dass der Arbeit des Petitionsausschusses sowohl im Parlament als auch in den Medien wenig Aufmerksamkeit geschenkt werde. Sie appellierte an alle Verantwortlichen in Parlament und Regierung, die Eingaben und Beschwerden der Bürger ernst zu nehmen. Der Petitionsausschuss habe eine wichtige Funktion, um verlorengegangenes Vertrauen zwischen Behörden und Bürgern wieder herzustellen.

**Nils Saemann** (SPD) verwies auf die Petition einer Bürgerinitiative, die sich gegen die von einem Energieunternehmen geplante Errichtung eines Erdgas-Porenspeichers in einem Salzstock wandte. Hier sei zumindest ein „kleiner Erfolg“ erreicht worden. Eine andere Beschwerde betreffe die schleppe Auszahlung von Geldern aus dem Bildungs- und Teilhabepaket. Der Ausschuss habe sich sowohl mit dem Innen- als auch mit dem Sozialministerium auseinandergesetzt, um den Petenten zu helfen.

Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** sah in der Fülle der Beschwerden ein Zeichen für „Misswirtschaft“ der Regierungskoalition. Er bezog sich unter anderem auf die Kritik an der

## Beispiele für Petitionen

In einer Petition wurde die Löschung sämtlicher vom Land betriebener Facebook-Seiten gefordert, da auf dieser Plattform kein ausreichender Datenschutz gewährleistet sei. In einer Anhörung hat den Angaben nach auch der Landesdatenschutzbeauftragte Reinhard Dankert auf die ungeklärte Rechtslage und fehlende Informationen der Plattformbetreiber über den Umgang mit Nutzerdaten verwiesen.

Ein anderer Bürger versuchte ein Jahr lang erfolglos, für seinen bei einem Segeltörn im Südpazifik gestorbenen Bruder in Deutschland eine Sterbeurkunde zu bekommen. Der Bruder sei wegen der Umstände auf hoher See bestattet worden. Es gab keinen Totenschein eines Arztes. In Deutschland fühlte sich niemand zuständig. Erst mit Hilfe des Petitions-

ausschusses sei es schließlich gelungen, die Sterbeurkunde bei einem Standesamt in Berlin ausstellen zu lassen, heißt es im Bericht. Das Bundesinnenministerium habe den Fall zum Anlass genommen, die Vorschrift zur Beurkundung solcher extrem seltenen Sterbefälle genauer zu fassen.

In der größten Sammelpetition des Jahres 2013 forderten fast 6.200 Menschen, weiterhin den privaten Bahnanbieter OLA auf der Strecke Lübeck – Stettin zu nutzen. Die Strecke wird von der Bahntochter DB Regio bedient, die im März 2013 eine Ausschreibung gewonnen hatte. Die OLA hatte das Ergebnis angezweifelt und war vor die Vergabekammer Mecklenburg-Vorpommern gezogen, dort jedoch gescheitert.

Gerichtsstrukturreform. Mit dem Vorhaben trage die Landesregierung zur Verödung ganzer Landstriche bei, sagte Müller. Die Haushaltsabgabe für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die mehrere Petenten beanstandeten, sei nach NPD-Auffassung „Abzocke“.

**Jutta Gerkan** von den Bündnisgrünen machte sich erneut für die Einführung von öffentlichen Petitionen stark. Dann wären die Eingaben zum Beispiel im Internet sichtbar und könnten von anderen Bürgern mit unterzeichnet werden. Diese Praxis würden sowohl der Bundestag als auch mehrere Landtage handhaben. Dies wäre Gerkan zufolge wichtig für mehr Bürgernähe und mehr Bürgerbeteiligung.

Nach der Debatte stimmten sowohl die Koalitionsfraktionen SPD und CDU als auch die oppositionellen Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Die NPD enthielt sich der Stimme.

*Drucksache 6/2930*

## Bürgerbeauftragter legt Bericht vor

**Über eine anhaltend hohe Zahl von Petitionen berichtete auch der Bürgerbeauftragte des Landes Matthias Crone, als er am 14. Mai dem Parlament seinen Bericht vorlegte. Ihn erreichten im vergangenen Jahr 1551 Eingaben und damit fünf mehr als 2012.**



Foto: Angelika Lindenbeck

*Der Bürgerbeauftragte von M-V Matthias Crone war auch am „Tag der offenen Tür“ des Landtages dabei.*

Gut die Hälfte aller Beschwerden betraf soziale Themen. In 374 Fällen hätten sich Hartz-IV-Empfänger beklagt, sagte **Matthias Crone**. Die Zahl sei etwa so hoch wie im Jahr davor. Insgesamt ging es seinen Worten nach in 425 Beschwerden um Fragen zur Arbeitslosenversicherung und zum Arbeitslosengeld II. Die Bürger übten vor allem Kritik an der langen Bearbeitungsdauer ihrer Anträge. „Bei einer knapper werdenden Personalbesetzung müssen wir sehr darauf achten, dass die Verwaltungsaufgaben von dieser Besetzung auch tatsächlich erledigt werden können“, mahnte Crone. Eine Zunahme von Beschwerden gebe es im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Das sehe er mit Sorge. Beratungsbedarf gebe es weiterhin auch zum Thema Schülerbeförderung. Zur Wahrung der Belange von Menschen mit Behinderungen forderte Crone die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und des Maßnahmenplanes des Landes. Barrierefreiheit müsse generell ein Vergabe- und Förderkriterium werden. Der Bericht wurde zur Beratung an die Landtagsausschüsse überwiesen.

*Drucksache 6/2866*

## Aus der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern

### Artikel 35 | Petitionsausschuss

(1) Zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger bestellt der Landtag den Petitionsausschuss. Dieser erörtert die Berichte der Beauftragten des Landtages.

(2) Die Landesregierung und die der Aufsicht des Landes unterstehenden Träger öffentlicher Verwaltung sind verpflichtet, auf Verlangen eines Viertels der Mitglieder des Petitionsausschusses die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlichen Akten der ihnen unterstehenden Behörden vorzulegen, jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und Amtshilfe zu leisten. Die gleiche Verpflichtung besteht gegenüber vom Ausschuss beauftragten Ausschussmitgliedern. Artikel 40 Abs. 3 gilt entsprechend.

(3) Das Nähere regelt das Gesetz.

### Artikel 36 | Bürgerbeauftragter

(1) Zur Wahrung der Rechte der Bürger gegenüber der Landesregierung und den Trägern der öffentlichen Verwaltung im Lande sowie zur Beratung und Unterstützung in sozialen Angelegenheiten wählt der Landtag auf die Dauer von sechs Jahren den Bürgerbeauftragten; einmalige Wiederwahl ist zulässig. Er kann ihn mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages vorzeitig abberufen. Auf eigenen Antrag ist er von seinem Amt zu entbinden.

(2) Der Bürgerbeauftragte ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er wird auf Antrag von Bürgern, auf Anforderung des Landtages, des Petitionsausschusses, der Landesregierung oder von Amts wegen tätig.

(3) Das Nähere regelt das Gesetz.

### Artikel 37 | Datenschutzbeauftragter

(1) Zur Wahrung des Rechts der Bürger auf Schutz ihrer persönlichen Daten wählt der Landtag auf die Dauer von sechs Jahren den Datenschutzbeauftragten; einmalige Wiederwahl ist zulässig. Er kann ihn mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder vorzeitig abberufen. Auf eigenen Antrag ist er von seinem Amt zu entbinden.

(2) Der Datenschutzbeauftragte ist in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Er wird auf Antrag von Bürgern, auf Anforderung des Landtages, des Petitionsausschusses, der Landesregierung oder von Amts wegen tätig.

(3) Jeder kann sich an den Datenschutzbeauftragten wenden mit der Behauptung, bei der Bearbeitung seiner personenbezogenen Daten durch die öffentliche Verwaltung in seinem Recht auf Schutz seiner persönlichen Daten verletzt zu sein.

(4) Das Nähere regelt das Gesetz.

# Energieforschung

Landtag für mehr Forschungsprojekte zu Energie-Themen

**Mecklenburg-Vorpommern will Land der erneuerbaren Energien sein. Bei der Produktion von Ökostrom ist das Land schon vorn mit dabei. Doch im Bereich der Energieforschung verharret der Nordosten trotz vielbeachteter Einzelprojekte, etwa zur Wasserstoffnutzung, am Ende.**

M-V hinke in der Forschung dem eigenen Anspruch, Schrittmacher der Energiewende zu sein, erheblich hinterher, sagte der SPD-Landtagsabgeordnete **Rudolf Borchert** am 15. Mai im Landtag. Bundesländer wie Bremen oder Brandenburg setzten weit mehr Geld für Energieforschung ein, betonte er. Schleswig-Holstein biete an seinen Hochschulen dreimal mehr energierelevante Studiengänge als Mecklenburg-Vorpommern, das Schlusslicht im Länderranking sei. „Energieforschung ist eine wesentliche Voraussetzung für den erfolgreichen Umbau der Energieversorgung“, sagte Borchert, der den Antrag „Energiewende braucht starke Forschung“ der Regierungsparteien SPD und CDU ins Parlament einbrachte. Darin werden ein eigenständiges Landesenergieforschungsprogramm und mehr gemeinsame Forschungsprojekte von Unternehmen und Hochschulen im Land gefordert. Mecklenburg-Vorpommern solle zu einem „zentralen Standort der angewandten Feldforschung im Rahmen der Energiewende“ werden. Dabei gehe es vor allem um die wettbewerbsfähige Produktion von Strom und Wärme aus ökologischen Quellen, um Energiespeicher, um leistungsfähige Netze und um Energieeffizienz. „Als Land der erneuerbaren Energien haben wir gute Rahmenbedingungen“, so Borchert.

Nach Ansicht von Energieminister **Christian Pegel** bestehen gerade auf dem Gebiet der Erforschung der erneuerbaren Energien noch große Möglichkeiten. „Da ist das Fell des Bären noch nicht verteilt, weil alle mehr oder weniger am Anfang stehen“, sagte der Minister. Energie- und Bildungsministerium hätten sich bereits darauf verständigt, EU-Mittel gezielt für die Energieforschung im Land einzusetzen. Gefördert werden sollten vor allem Projektbereiche, die auch das bundesdeutsche Energieforum als wichtig einstufte.

Die Linke-Abgeordnete **Dr. Mignon Schwenke** forderte die Landesregierung zum Handeln auf. Die Zeit des Prüfens und des Aufforderns sei vorbei. So müsse die Regierung die vergleichsweise kleinen Hochschulen im Nordosten mehr unterstützen, da die bundesweite Forschungsförderung große Universitäten bevorzuge. Ein eigenes Energieforschungsprogramm des Landes wäre ihrer Ansicht nach ein Schritt in die richtige Richtung. Auch, wenn M-V eigentlich ein Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien brauche. Ihr geht der Antrag nicht weit genug. „Zum Beispiel hätte ich mir die Aufforderung an die Landesregierung gewünscht, ein Landes-Energieforschungsprogramm nicht nur zu prüfen, sondern einfach aufzulegen“, sagte Schwenke.



Foto: Jens Büttner

*Servicetechniker im neuen Windpark in Barkhagen (Landkreis Ludwigslust-Parchim)*

Der CDU-Abgeordnete **Jürgen Seidel** regte an, Zielvereinbarungen mit den Hochschulen zu treffen. Zudem gelte es, mehr Drittmittel einzuwerben. Der Umbau der Energieforschung in Deutschland ist seiner Überzeugung nach eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Energieforschung müsse gebündelt werden, um zu einem sicheren, bezahlbaren und umweltverträglichen Umbau der Energieversorgung zu kommen, erklärte der CDU-Politiker. „Gerade die Forschung zur Speicherung von Energie, wie die Batterietechnologie, die Wasserstofftechnologie oder die Pumpspeicherwerke, bedarf dringend der Unterstützung, um die Energiewende zum Erfolg zu führen“, betonte Jürgen Seidel. Seine Fraktion werde auch dem Änderungsantrag der Grünen zustimmen. Der energiepolitische Sprecher der Bündnisgrünen, **Johann-Georg Jaeger**, hält den Antrag der Koalitionsfraktionen für dringend notwendig. Zugleich warb er um Zustimmung für den Änderungsantrag seiner Fraktion, die fordere, die Energieforschungsmittel vor allem im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz einzusetzen. Bislang lande der Großteil der Forschungsgelder bei der Kernfusionsforschung in Greifswald, sagte Jaeger. Zudem sei es wichtig für die Forschung im Bereich Energie, den Lehrstuhl am Institut für Elektrische Energietechnik der Uni Rostock zu erhalten.

Bildungsminister **Mathias Brodkorb** äußerte sich in einem spontanen Redebeitrag optimistisch, dass die Professur am Universitäts-Institut erhalten bleibt. Die Gespräche mit der Uni laufen seinen Worten nach schon seit geraumer Zeit. Er gehe davon aus, dass noch in diesem Jahr Klarheit über die Zukunft dieses für die Energieforschung wichtigen Lehrbereiches geschaffen werde.

NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs** warnte davor, sich nur auf erneuerbare Energien zu konzentrieren. Sonst werde Deutschland in der Energiewirtschaft international den Anschluss verlieren, meinte er. Während man hierzulande Windmühlen produziere, würde die Konkurrenz Nuklearanlagen der dritten Generation entwickeln. Der Energiebedarf werde sich bis 2050 nahezu verdoppeln, sagte Pastörs. Das Land müsse in den nächsten Jahren Energie aus Kernreaktoren anderer Länder importieren. Bei der Energieerzeugung dürfe deshalb keine Möglichkeit von vornherein ausgeschlossen werden.

Der Koalitions-Antrag wurde mit den von den Grünen geforderten Änderungen ohne Gegenstimmen angenommen. Die NPD enthielt sich der Stimme.

*Antrag SPD/CDU-Koalition Drucksache 6/2927*

*Änderungsantrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2975*



# Artgerechte Tierhaltung

Oppositionsfraktionen verlangen bessere Unterstützung für Landwirte

**Mehr Unterstützung für eine umwelt- und artgerechte Nutztierhaltung in Mecklenburg-Vorpommern haben die Oppositions-Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE im Landtag gefordert. Die Förderung der artgerechten Tierhaltung komme zu kurz, sagte die Grünen-Abgeordnete Jutta Gerkan am 14. Mai bei der Begründung ihres Antrages. Sie kritisierte die Entscheidung der Landesregierung, ein entsprechendes Förderprogramm nicht mehr aufzulegen.**

„In einer Zeit, in der die Agrarbetriebe jede Unterstützung benötigen, um den wachsenden Anforderungen an einen umfassenden Tierschutz gerecht werden zu können, baut die Landesregierung Unterstützung ab. Das ist ein schlechtes Signal und hat die Nutztierhalter des Landes zu Recht erzürnt“, sagte **Jutta Gerkan** (B'90/DIE GRÜNEN). Sie verlangte eine gezielte Förderung jener Agrarbetriebe, die in den Tierschutz investieren. Dazu gehören ihrer Meinung nach beispielsweise Landwirte, die Ferkel nur noch unter Betäubung kastrieren, obwohl dies noch nicht gesetzlich vorgeschrieben sei.

Besorgt zeigte sich die Grüne-Landespolitikerin auch über wieder zunehmende Tierkonzentrationen und ihre Auswirkungen auf die Umwelt. Nach der Wende seien die Tierbestände drastisch geschrumpft, bei Schweinen auf rund ein Viertel. Die Belastung der Gewässer durch Phosphate und Stickstoff habe sich dadurch verringert, liege aber immer noch auf relativ hohem Niveau und steige mit den wachsenden Tierbeständen wieder an, sagte sie. „Mit der umfassenden Förderung umwelt- und tiergerechter Nutztierhaltung bei gleichzeitiger Festsetzung von Bestandsobergrenzen ließen sich die Lebensbedingungen der Nutztiere deutlich verbessern“, betonte Gerkan.

Die Situation für tierhaltende Betriebe im Land werde immer schwieriger, sagte **Prof. Dr. Fritz Tack** (DIE LINKE) in derselben Debatte bei der Begründung des Antrages seiner Fraktion. Im Moment scheine nur noch die Tierhaltung in großen Anlagen rentabel. „Wenn wir aber mehr Tierschutz, mehr Haltung auf Stroh, mehr Auslauf, mehr Licht und Platz in Ställen wollen, müssen wir den Bauern bei den Mehrkosten dafür helfen“, betonte er. Die bisherige Förderung der umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren habe sich einer hohen Nachfrage erfreut. Auch er kritisierte, dass eine Weiterführung dieser Programme nun offensichtlich nicht mehr vorgesehen sei, weil angeblich der Kontrollaufwand zu groß sei. Dies dürfe nicht zulasten der Tierhalter gehen. Diese Landwirte seien dringend auf weitere Unterstützung angewiesen, sagte Tack. Vor allem die Bedingungen für die

Schaf- und Ziegenhaltung haben sich verschlechtert, betonte der Agrarexperte. Die Halter beider Tierarten gehören Tack zufolge zu den Verlierern der EU-Agrarreform. Es sei dringend nötig, neue Förderrichtlinien zu erarbeiten.

Landwirtschaftsminister **Dr. Till Backhaus** warnte vor Panikmache. „In den vergangenen zwei Förderperioden wurden knapp drei Milliarden Euro Fördermittel für die ländliche Entwicklung bereitgestellt, und bis 2020 wird nochmals eine Milliarde Euro in den ländlichen Raum investiert werden können“, sagte der Minister. Die Landesregierung setze in der neuen Förderperiode auf zielgenauere und praktikablere Agrarumweltmaßnahmen. „Genau dieses Prinzip ist der entscheidende Grund dafür, die umwelt- und tiergerechten Haltungsverfahren eben nicht mehr anzubieten, denn die Mitnahmeeffekte waren groß, die Kontrollauflagen kompliziert und das Programm wenig praktikabel“, so Backhaus. Innerhalb des Agrarinvestitionsförderprogramms (AFP) werde die Tier- und Umweltverträglichkeit nach wie vor eine entscheidende Rolle spielen. „Das unterschlagen die Kritiker gern“, sagte er.

Der NPD-Abgeordnete **Stefan Köster** warf der EU vor, die „vollständige Industrialisierung“ der Landwirtschaft zu fördern. Der Tierschutz habe keine Lobby, sagte er. 80 Prozent der Fördermittel würden Großbetriebe einstecken. Je größer die Fläche, desto höher die Subvention, kritisierte er. Ebenso bemängelte er, dass die landwirtschaftlichen Betriebe hierzulande der „Preistreiberei weniger Konzerne“ ausgeliefert seien. Seine Fraktion lehne jede EU-Bürokratie ab, die „uns die Agrarpolitik vorschreibt“. Deshalb werde seine Fraktion auch gegen beide Anträge stimmen.

**Thomas Krüger** (SPD) stellte die rhetorische Frage, welche Tierhaltung der Umwelt mehr schade – die Freiland- oder die Stallhaltung? Die Zielstellung beider Anträge nach mehr Tierschutz unterstütze er. Allerdings bevorzuge seine Fraktion einen anderen Weg dorthin. Eine nachhaltige Agrarpolitik sei umfassender und beinhalte auch Modernisierungsmaßnahmen, die wiederum dem Tierschutz zugute kämen. Zur Investitionsförderung gehöre auch, Futtermittelimporte zu reduzieren. Es sei richtig, in M-V Leguminosen verstärkt anzubauen. Aber nötig sei eine europäische Eiweißpolitik. Damit hätte Deutschland die Sicherheit von gentechnikfreiem Soja und könnte die Ökobilanz verbessern.

Beide Anträge wurden mehrheitlich abgelehnt.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2919

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/2935



Foto: Jens Büttner

Die Förderung artgerechter Tierhaltung war Thema im Landtag.

# Für selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Enquete-Kommission legt Zwischenbericht vor

Die vor zwei Jahren berufene Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ hat dem Landtag am 14. Mai einen ersten Zwischenbericht vorgelegt. Darin konzentrieren sich die Experten auf Handlungsempfehlungen zum „Wohnen im Alter“. Ein erstes Ergebnis: Die Wohnungen im Nordosten müssen insgesamt seniorengerechter werden. Die Kommission aus Abgeordneten und Experten soll bis 2016 Strategien entwickeln, wie sich das Land gezielt auf eine älter werdende Bevölkerung einstellen kann.

Nach Angaben des Kommissions-Vorsitzenden **Jörg Heydorn** haben die Vorschläge bereits Einfluss auf das Regierungshandeln. Ideen zur Schaffung von weitgehend barrierefreiem Wohnraum, zu mobiler Wohnberatung, zu Städtebauförderung und alternativen Wohnformen seien aufgenommen worden, sagte der SPD-Politiker. Im Analyseteil seien Daten zur demographischen Entwicklung sowie finanziellen Lage und Wohnsituation Älterer erhoben und zusammengestellt worden, die laut Heydorn eine solide Grundlage zur weiteren Entscheidungsfindung im Land bilden. „Gesundheit und Pflege“ oder „Mobilität im Alter“ seien weitere Themen der Kommission, die alle eng miteinander verflochten sind.

Ziel sei es, möglichst vielen Menschen „einen langen und zufriedenen Verbleib in der eigenen Häuslichkeit zu sichern“, betonte **Maika Friemann-Jennert** von der CDU-Fraktion. Dafür müssten allerdings auch die finanziellen Voraussetzungen sichergestellt werden. Die Kommission hatte sich dafür ausgesprochen, notwendige Umbauten in bestehenden Wohnungen stärker durch das Land zu fördern. So müssten nicht nur Wohnungen alten- und behindertengerecht ausgebaut, sondern auch Lifte und Fahrstühle in den Gemeinschaftseinrichtungen eingebaut werden. Dazu habe die CDU-Landtagsfraktion in den Verhandlungen zum Doppelhaushalt ein Lift- und Fahrstuhlprogramm initiiert, betonte Friemann-Jennert.

**Karen Stramm** von der oppositionellen Linksfraktion forderte von der SPD/CDU-Regierung „ein mutigeres Herangehen“. Die Mittel des Bundes, die das Land noch bis 2019 erhalte, seien vollständig zweckgebunden für die soziale Wohnraumförderung einzusetzen und durch Landesmittel zu ergänzen. In einem Sondervotum schlug die Linksfraktion vor, die im Sondervermögen angesparten Mittel für eine Darlehensförderung zu nutzen. Einig seien sich alle Kommissionsmitglieder darüber, dass selbstbestimmtes Wohnen im Alter und aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für ein würdevolles Altern wichtig ist. Das müsse den Senioren aber auch ermöglicht werden.



Foto: Jens Büttner

Auch **Rainer Albrecht**, Obmann der SPD-Landtagsfraktion, wies auf die Bedeutung der Wohnraumförderung hin. „Wir brauchen zukünftig sehr viel mehr seniorengerechte Wohnungen, um Älteren und Menschen mit Behinderungen möglichst lange eine selbstständige Haushaltsführung in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu ermöglichen“, sagte er. Die Koalitionsfraktionen hätten in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2014 und 2015 dafür gesorgt, dass es direkte Landeszuschüsse zu den Umbaukosten für barrierefreies Wohnen gibt. „Mit den Zuschüssen in Höhe von jeweils fünf Millionen Euro wollen wir, dass mehr bezahlbarer, barrierearmer Wohnraum geschaffen wird“, betonte Albrecht. Auch kleinere Umbaumaßnahmen im eigenen Häuschen könnten bezuschusst werden.

Nach Meinung von **Stefan Köster** (NPD) enthält der Zwischenbericht nur Allgemeinplätze. Er forderte, die Infrastruktur im ländlichen Raum aufrecht zu erhalten. Das wäre seiner Meinung nach sinnvoller als Geld in Gutachten und die Arbeit der Kommission zu stecken. Den Ärztemangel in den Dörfern bekämpfen und den Nahverkehr zu verbessern, sind laut Köster wirkungsvolle Maßnahmen, um ein Altern in Würde zu ermöglichen. Zudem müsse das Miteinander der Generationen gefördert und die Familienplanung unterstützt werden. Seine Fraktion lehne den Zwischenbericht und die Enquete-Kommission generell ab.

Nach Ansicht von **Silke Gajek**, Obfrau der Grünen-Fraktion in der Enquete-Kommission, setzt der Zwischenbericht „erste Impulse“ für eine Neuausrichtung der Wohnungspolitik. „Es ist aber offensichtlich, dass im weiteren Arbeitsprozess die Handlungsempfehlungen konkretisiert werden müssen“, fügte sie hinzu. Ihrer Fraktion sei es besonders wichtig, alternative Wohnformen zu unterstützen. Darauf beziehe sich auch ein Sondervotum der Grünen. Um den Ausbau auf diesem Gebiet zu beschleunigen, müssten die Fördermöglichkeiten der Modernisierungsrichtlinie auf diese Wohnformen ausgedehnt werden. „Mir ist es wichtig, dass Frauen und Männer aus einem vielfältigen Wohnangebot auswählen können, das ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Wohnumfeld befördert.“

*Zwischenbericht der Enquete-Kommission Drucksache 6/2929*

# Weitere Beschlüsse des Landtages

## Mehr Transparenz bei Bauvorhaben

Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 14. Mai für mehr Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planfeststellungsverfahren gesorgt. Bereits vor Eröffnung des jeweiligen Verfahrens soll nun die Bevölkerung informiert werden, heißt es in dem Gesetz, das auf Empfehlung des Innenausschusses verabschiedet wurde. Damit soll die Akzeptanz von großen Bauvorhaben, wie Bundesstraßen, Endlagerstätten für radioaktive Abfälle und Hochspannungsleitungen, verbessert werden. Ein Änderungsantrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN wurde abgelehnt.

*Drucksachen 6/2578 und 6/2951*

*Änderungsantrag B'90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2968*

## Nichtraucherschutzgesetz

Ob Restaurant, Rathaus oder Schule – öffentliche Räume sind seit sieben Jahren frei von Zigarettenqualm. Das Nichtraucherschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern ist nach Ansicht von Sozialministerin Birgit Hesse ein Erfolg. Nun soll es unbefristet gelten. Eine Verschärfung ist aber nicht geplant. Existenzängste, die Gastronomen noch bei der Gesetzesverabschiedung geäußert haben, hätten sich nicht bestätigt, zumal Ausnahmeregelungen geschaffen worden seien. Beschäftigte in der Gastronomie lebten nachweislich gesünder, immer weniger Jugendliche griffen zur Zigarette. Hesse bat den Landtag, der Entfristung des zunächst auf sieben Jahre Dauer beschränkten Gesetzes zuzustimmen. Das Parlament überwies den Gesetzesantrag am 14. Mai zur Beratung an die Ausschüsse.

*Drucksache 6/2926*



Foto: Jens Büttner

## Russland-Reise verteidigt

Ministerpräsident Erwin Sellering hat seine umstrittene Russland-Reise Ende April gegen jede Kritik verteidigt. Die Teilnahme an der Feier zu Ehren von Altkanzler Gerhard Schröder in St. Petersburg sei „eine hervorragende Gelegenheit“ gewesen, für den Russlandtag Ende September in Mecklenburg-Vorpommern zu werben, sagte er am 14. Mai im Landtag. Er reagierte damit auf Vorwürfe der Grünen-Fraktion, die kritische Worte Sellering am Ukraine-Kurs des

russischen Präsidenten Wladimir Putin vermisst und deshalb die Debatte im Parlament beantragt hatte. Sprecher von SPD, CDU und Linke hoben hervor, dass Dialog das Gebot der Stunde sei statt Konfrontation.

*Drucksache 6/2923*

## Sicherungsverwahrung

Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg werden von September an bei der Unterbringung besonders gefährlicher Straftäter in der sogenannten Sicherungsverwahrung zusammenarbeiten. Der Landtag stimmte am 14. Mai einstimmig einem entsprechenden Staatsvertrag beider Länder zu. Voraussichtlich im Juli wird der Potsdamer Landtag über den Vertrag abstimmen. In Deutschland können besonders gefährliche Straftäter – nach eingehender Prüfung – zum Schutz der Öffentlichkeit auch nach Verbüßen der regulären Haftstrafe weiter eingesperrt werden. Doch haben sie Anspruch auf psychologische Betreuung. Wegen der hohen Anforderungen an die Therapie einerseits und der geringen Zahl Betroffener andererseits sollen Gewaltstraftäter aus beiden Ländern künftig in Bützow (Landkreis Rostock) untergebracht werden. Sexualstraftäter kommen hingegen nach Brandenburg an der Havel.

*Drucksache 6/2814*

## Ferienwohnungen in Wohngebieten

Am 16. Mai befasste sich der Landtag mit dem Problem von unzulässigen Ferienwohnungen in Wohngebieten. Die Fraktionen DIE LINKE und B'90/DIE GRÜNEN hatten ein landesweites Moratorium für vorhandene Ferienwohnungen bzw. -häuser in Wohngebieten und unbeplanten Innenbereichen gefordert. Die rechtlich unzulässigen, aber vielerorts bisher geduldeten Ferienquartiere in Wohngebieten, insbesondere an der Küste, hatten zu Konflikten mit den dort Wohnenden geführt. Außerdem droht in besonders attraktiven Lagen Wohnraumknappheit, weil eine Ferienwohnungsnutzung finanziell viel attraktiver als ein Dauerwohnverhältnis ist. Bei einem sofortigen Vermietungsverbot tausender Ferienwohnungen in der laufenden Saison wird außerdem Leerstand in den Urlaubshochburgen und die Abwanderung potenzieller Urlaubsgäste in andere Bundesländer befürchtet. Um die Konflikte zu lösen und Rechtskonformität herzustellen, sollen auf Vorschlag der beiden Oppositionsfraktionen Nutzungsunter-sagungen für Ferienwohnungen und begonnene Verfahren ausgesetzt werden. Die gewonnene Zeit sollen die Kommunen nutzen, um ihren Planungswillen zum Ausdruck zu bringen und gegebenenfalls Schritte zur Heilung einzuleiten. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen.

*Drucksache 6/2967*

# Positive Bilanz für Demokratie-Programm

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Intoleranz

Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Intoleranz ziehen alle Demokraten in Mecklenburg-Vorpommern über Parteigrenzen hinweg an einem Strang. Dafür haben sie sich vor acht Jahren das Programm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ gegeben. Das wirke, sagte Bildungsminister Mathias Brodkorb am 15. Mai bei der Vorlage des Berichts über die Umsetzung des Aktionsprogramms. Dieses war 2006 vom Landtag als Reaktion auf das Erstarken der rechtsextremen NPD beschlossen worden, die seither im Parlament sitzt. Die Oppositionsfraktionen von Grünen und Linke bekannten sich ausdrücklich zum gemeinsamen Vorgehen mit den Regierungsparteien in dieser Frage. LandtagsNachrichten veröffentlichten nachfolgend Auszüge aus der Debatte.

Minister Mathias Brodkorb:

## „Demokratie aktiv verteidigen“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Landesprogramm ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!‘ wurde durch die demokratischen Fraktionen des Landtages im Jahr 2006 gemeinsam auf den Weg gebracht.

Dieser fraktionsübergreifende Konsens in gemeinsamer Anstrengung der Demokraten, Rechtsextremismus, Rassismus und antidemokratischen Bestrebungen entgegenzutreten, trägt bis heute. Ich bin den demokratischen Fraktionen hier im Hause dankbar, dass wir uns trotz unterschiedlicher Auffassungen in vielen Fragen einig sind, dass die Demokratie in unserem Lande aktiv verteidigt und eine demokratische und tolerante politische Kultur gefördert werden muss – und zwar gemeinsam.

Der vorliegende Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!‘ stellt zunächst die Aktivitäten der Landesregierung im Rahmen des Landesprogramms im Berichtszeitraum Februar 2012 bis August 2013 dar. [...]

Wie im Landesprogramm vorgesehen, geht es dabei sowohl um präventive Maßnahmen, wie politische Bildungsarbeit und Demokratieverzierung, als auch um Intervention, also die aktive Auseinandersetzung mit dem Extremismus, die Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten gegen rassistische und demokratiefeindliche Bestrebungen bis hin zur Einleitung des NPD-Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht, das von dieser Landesregierung und insbesondere dem Minister für Inneres und Sport maßgeblich vorangetrieben wurde. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie dem zweiten Teil des Berichts entnehmen können, wurden insbesondere seit dem Übergang der Zuständigkeit für das Landesprogramm in mein Haus und hier in die Landeszentrale für politische Bildung besondere Anstrengungen unternommen, um die Arbeit in diesem Feld weiter zu verbessern.[...] Damit wurde den Empfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung der Regionalzentren für demokratische Kultur und der Entschließung des Landtages vom 29. Februar 2012 Rechnung getragen. [...]

Beteiligt sind dabei neben den Regionalzentren für demokratische Kultur und der Landeskoordinierungsstelle in der Landeszentrale für politische Bildung auch die landesweite Opferberatung für Betroffene rechter Gewalt, das betriebliche Beratungsteam, das Ministerium für Inneres und Sport, das Justizministerium, das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales sowie die Schulabteilung meines Hauses. [...]

Die Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Institutionen und Einrichtungen erarbeiteten kooperativ ein Leitbild und Standards der Zusammenarbeit und Beratung, die in einem Qualitätshandbuch zusammengefasst sind. [...]

Im Ergebnis verfügen wir heute über ein landesweites Beratungsnetzwerk im Themenfeld ‚Demokratie und Toleranz‘, das nach meiner Erfahrung beispielhaft auch für andere Länder ist. [...]



Foto: Cornelius Kettler

Ein weiterer Beleg hierfür ist die Zertifizierung des landesweiten Beratungsnetzwerkes mit dem Qualitätstestat für kundenorientierte Beratungsorganisationen und die Überreichung des Qualitätssiegels im November 2013. [...] Das Landesprogramm ist heute eng verzahnt mit den vom Bund aufgelegten Programmen zur Demokratiestärkung, wie zum Beispiel ‚Zusammenhalt durch Teilhabe‘ oder TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, all diese Bemühungen wären aber nichts oder zumindest wenig wert, wenn sich nicht viele Menschen in unserem Land die Bewahrung und Weiterentwicklung der Demokratie zu ihrer eigenen Aufgabe gemacht hätten. [...] Es gibt aus meiner Sicht eine deutlich gesteigerte Sensibilisierung in unserer Gesellschaft für die Gefährdung der Demokratie und ein gestiegenes Engagement, wenn es darum geht, demokratiefeindlichen Bestrebungen Einhalt zu gebieten.

Ich nenne hier nur das Aktionsbündnis ‚Vorpommern: welt-offen, demokratisch, bunt!‘, das sich anlässlich des Pressefestes der NPD-Zeitung in Pasewalk gegründet hat. Bürgermeister schlossen sich parteiübergreifend zusammen. Tausende von Bürgerinnen und Bürgern zeigten mit ihrem friedlichen Protest den Rechtsextremisten ihren eigentlichen gesellschaftlichen und politischen Stellenwert auf.

Sie, Herr Pastörs, verkörpern eine kleine extremistische und demokratiefeindliche Minderheit. Die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land will mit Rechts-Extremismus und Rassismus und auch speziell mit Ihnen nichts tun haben und zeigt dies inzwischen sehr viel deutlicher als vielleicht noch in der Vergangenheit.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,  
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)*

Der Bericht zur Umsetzung des Landesprogramms ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!‘ spiegelt somit nur einen

Teil der großen Vielfalt der couragierten Maßnahmen der unterschiedlichsten Akteure im Themenfeld wider. Das Aktionsbündnis in Vorpommern, die Initiative ‚WIR. Erfolg braucht Vielfalt‘ und viele andere Initiativen sind hier zu nennen. [...] Meine Damen und Herren, die Aktivitäten zeigen Erfolg. Nicht nur im Parlament geht der NPD zunehmend die Luft aus, sondern, wie die Wahlergebnisse der letzten Jahre zeigen, auch bei Wahlen. Und [...] sehr geehrter Herr Pastörs, wir freuen uns außerordentlich, Sie bald in diesem Hause nicht mehr sehen zu müssen.

Trotz all dieser positiven Entwicklung bleibt die Unterstützung der Demokratieentwicklung eine Daueraufgabe. [...] So wird momentan das Konzept zur Arbeit der Regionalzentren an veränderte Erfordernisse angepasst, und die Landeskoordinierungsstelle legt in Kürze ein Konzept für die Ausstiegsarbeit vor. [...]

„ Die Unterstützung  
der Demokratie-Entwicklung  
bleibt eine Daueraufgabe. „

Selbstverständlich werden wir auch in Zukunft das Landesprogramm mit den entsprechenden Ressourcen ausstatten, um eine Fortführung der Arbeit in hoher Qualität zu garantieren. Für die neue Förderperiode des Europäischen Sozialfonds sollen hierfür rund 16,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. [...]

Meine sehr verehrten Damen und Herren, langfristig Sorge zu tragen für ein weltoffenes und tolantes Mecklenburg-Vorpommern, ist das Anliegen der Demokratinnen und Demokraten hier im Hause und hier im Land. [...] Ich wünsche uns in diesem Sinne auch weiterhin eine fruchtbare Zusammenarbeit zum Wohle der Demokratie – und dass wir demnächst der NPD entgegenrufen dürfen: Gute Heimreise!“

Maika Friemann-Jennert, CDU:

## „Abgestimmtes Vorgehen notwendig“

Foto: Cornelius Kettler



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Landesregierung unterrichtet uns heute mit diesem Bericht zum Umsetzungsstand des Landesprogramms ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!‘. Der Bildungsminister hat bereits verschiedene landesweite Beratungsstellen und Angebote genannt. Sie alle leisten eine hervorragende Arbeit bei der Stärkung von Demokratie und Toleranz bei uns in Mecklenburg-Vorpommern und gleichzeitig bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.

Während es in dem vorherigen Bericht aus dem Jahr 2011 vornehmlich um die Schaffung der Strukturen für das Beratungsnetzwerk ‚Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern‘ ging, befindet sich das Beratungsnetzwerk seit dem Jahr 2012 in einem intensiven Qualitätsentwicklungsprozess. Ziel ist es dabei, einheitliche Standards für den Beratungsprozess, die Öffentlichkeitsarbeit sowie die interne Kommunikation zu erarbeiten. [...]

2012/13 wurde ein Leitbild erarbeitet, sich auf Prozessabläufe bei Beratungen verständigt, Kommunikationsabläufe, Grundsätze für die Öffentlichkeitsarbeit und weitere gemeinsame Verfahrensabläufe wurden festgelegt, die sogar in einem Qualitätshandbuch niedergelegt wurden. Der Prozess wurde mit einem Testat für qualitätsorientierte Beratung abgeschlossen. Das hat der Bildungsminister eben schon dargestellt. Insgesamt soll somit ein abgestimmtes Vorgehen möglich sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, warum ist ein solches abgestimmtes Vorgehen notwendig? Ich denke, Sie, liebe Abgeordnete der demokratischen Fraktionen, geben mir recht, dass in dieser und in der letzten Legislaturperiode die Herren von der Fensterfront mehr als genug von ihrer menschenverachtenden Ideologie offenbart haben. Und genau deshalb ist es notwendig, dass durch ein solches Programm Präventivprogramme zur Demokratiebildung unterstützt werden. Es trägt dazu bei, die Verbreitung rechtsextremer

Ansichten bereits im Ansatz zu entlarven beziehungsweise zu verhindern. Für den Moment steht die Implementierung des erarbeiteten Verfahrens im Vordergrund, und zusätzlich soll im Verlaufe des Jahres die konzeptionelle Grundlage für die Arbeit der Regionalzentren überarbeitet werden, so Jochen Schmidt (Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. d.Red.) . [...]

Ich möchte aber auch die hervorragende Arbeit beispielsweise der Mahn- und Gedenkstätten im Landkreis Ludwigslust-Parchim und speziell in Wöbbelin erwähnen. Frau Ramsenthaler, die da sehr rührig ist, hat mir in einem Telefonat berichtet, was mit der Programmarbeit bewirkt wird. Ein imposantes Beispiel sind jedes Mal die Aktivitäten zum Jahrestag der Befreiung des KZs Wöbbelin im Rahmen der Internationalen Begegnung der Generationen.

## Sitzungsunterbrechung

### Immunität aufgehoben

An dieser Stelle unterbrach Vizepräsidentin Beate Schlupp als amtierende Sitzungsleiterin Frau Friemann-Jennert in ihrer Rede. Der Grund: Ein Antrag der Schweriner Staatsanwaltschaft, die Immunität des NPD-Abgeordneten **David Petereit** aufzuheben, um einen gerichtlichen Durchsuchungsbeschluss vollziehen zu können. Unmittelbar zuvor hatte der zuständige Europa- und Rechtsausschuss hierzu eine Sondersitzung durchgeführt und im Ergebnis dem Landtag empfohlen, dem Ansinnen der Staatsanwaltschaft zu entsprechen. Bei Gegenstimmen aus den Reihen der NPD-Fraktion hob der Landtag mit den Stimmen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Immunität von David Petereit auf.

Bei seinem Vorgehen orientierte sich der Landtag M-V an der Praxis des Deutschen Bundestages. Auch dort wird die entsprechende Beschlussempfehlung des zuständigen Ausschusses kurzfristig im Plenum aufgesetzt und verabschiedet.

Die Genehmigung zum Vollzug von drei gerichtlichen Durchsuchungsbeschlüssen wurde mit der Auflage versehen, dass bei einer Durchsuchung von Landtagsräumen ein von der Landtagspräsidentin benanntes anderes Mitglied des Landtages anwesend ist.

*Beschlussempfehlung des Europa- und Rechtsausschusses  
Drucksache 6/2970*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt ja nicht so häufig vor, dass aus so wichtigem Grunde wie staatsanwaltliche Untersuchungen eine Rede unterbrochen wird. Es ist dann schwierig, auch für den Redner, den Einstieg wieder zu finden und den Zusammenhang zum vorher Gesagten wieder herzustellen. [...]

Ich möchte noch einmal die hervorragende Arbeit der Mahn- und Gedenkstätten im Landkreis Ludwigslust-Parchim und

speziell in Wöbbelin erwähnen. Frau Ramsenthaler, die da sehr rührig ist, hat mir in einem Telefonat berichtet, was mit der Programmarbeit bewirkt wird. Imposantes Beispiel sind jedes Mal die Aktivitäten zum Jahrestag der Befreiung des KZ Wöbbelin im Rahmen der Internationalen Begegnung der Generationen. Da wird richtig Forschungsarbeit geleistet und die Arbeit entfaltet lokale, regionale, überregionale sowie auch internationale Wirksamkeit. [...]

Es gibt inzwischen nicht nur unzählige Redebeiträge der Herren von der Fensterfront, aus denen sich zweifelsfrei ableiten lässt, dass sämtliche dieser für unser Gesellschaftssystem kennzeichnenden Eigenschaften nicht deren Gesellschaftsbild entsprechen. Jeder Einzelne, der der braunen Truppe den Rücken kehrt, den Klauen der Rechtsextremisten, Gewaltbereiten und Ausländerfeindlichen entrissen werden kann, soll es uns wert sein. Deshalb ist es richtig und wird von der CDU-Fraktion und, ich denke, auch von allen anderen demokratischen Fraktionen hier im Landtag ausdrücklich unterstützt, dass sich der Bundesrat am 14. Dezember 2012 zur Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der NPD nach Artikel 21 Absatz 2 des Grundgesetzes entschlossen hat. Der Antrag ist bereits im Dezember 2013 beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gestellt worden. Damit sind wir seit der Erstellung des letzten Berichtes zum Umsetzungsstand des Landesprogrammes ‚Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!‘ Anfang 2011 weiter vorangekommen.

Zu der damaligen Unterrichtung hatte mein Kollege Dr. Armin Jäger gesprochen und in seiner Rede sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass noch nicht bei allen die Erkenntnis hinreichend gereift ist, dass gegen rechtes Gedankengut nur ein Verbot der verfassungsfeindlichen Partei hilft. Deshalb ist es zu begrüßen, dass in der Zwischenzeit dieser Antrag gestellt werden konnte.

Zu glauben, dass es damit getan sei, ist allerdings weit gefehlt. Unabhängig davon, wie dieser Antrag beim Bundes-

## // Doppelstrategie von Integration und Prävention sowie von Intervention und Repression //

verfassungsgericht ausgeht, werden jedoch die von dem Beratungsnetzwerk ‚Demokratie und Toleranz‘ übernommenen Aufgaben dadurch nicht beendet werden. Die Beratung und Unterstützung von Projekten, Konzepten und Modulen im Bereich der Demokratieförderung und Demokratiebildung müssen auch weiterhin von uns Abgeordneten der demokratischen Fraktionen mit ausreichend finanziellen Mitteln unterstützt werden, um auch der zum Teil bestehenden Politikverdrossenheit zu begegnen und die Menschen wieder stärker für Demokratie zu begeistern. Das braucht nicht frontal zu sein, das kann bunt und vielfältig ablaufen, so, wie das Leben eben ist. Controlling, Evaluation, Normierungen, Zielvereinbarungen, die Gründung eines Qualitätszirkels, Weiterbildung von Konzepten, all das ist gut und richtig, damit die Doppelstrategie von Integration und Prävention sowie von Intervention und Repression volle Wirkung entfalten kann. Mögen die Koordinatoren im Alltag bitte nicht so theoretisch daherkommen!

Abschließend möchte ich die Gelegenheit nutzen, all den engagierten und häufig ehrenamtlich in den Projekten tätigen Bürgerinnen und Bürgern für ihr Engagement zu danken. Dies stellt einen unschätzbaren Wert für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in unserer Gesellschaft dar. Und gerade in der heutigen Situation mit den auch in Europa bestehenden außenpolitischen Herausforderungen ist es wichtig, sich immer wieder die Bedeutung der Worte ‚Demokratie‘ und ‚Toleranz‘ vor Augen zu führen. Dadurch wird es auch in Zukunft möglich sein, für das gesamte Gebiet Europas ein friedliches Zusammenleben zwischen den Nationen zu gewährleisten. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.“



Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis Ludwigslust-Parchim verfolgen auf der Besuchertribüne die Debatte.

Foto: Cornelius Kettler

Peter Ritter, DIE LINKE:

## „Wir dürfen nicht nachlassen“

Foto: Cornelius Kettler



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als sich im Jahr 2005 der damalige Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dr. Armin Jäger, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Volker Schlotmann und ich auf den Weg machten, gemeinsam ein Programm zur Stärkung von Demokratie und Toleranz zu erarbeiten und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzuschlagen, war dies das erste Mal, dass sich partei- und weltanschauungsübergreifend die Erkenntnis durchsetzte, dass dieser Prozess eine Querschnittsaufgabe allen politischen Handelns ist und alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und der politischen Bildung gleichermaßen ineinandergreifen müssen. [...]

In dem dem Programm vorangestellten Leitbild heißt es: ‚... Der Staat darf Provokationen nicht hinnehmen. Demokratie muss wehrhaft sein. Den Feinden des Grundgesetzes müssen Grenzen aufgezeigt werden. Es kann nicht angehen, heißt es in dem Leitbild, ‚dass aus Angst vor NPD-Demonstrationen der Marktplatz in einer Stadt für alle Demonstrationen gesperrt wird. Im Gegenteil, gerade die Demokraten müssen dort Flagge zeigen dürfen. Allerdings brauchen wir keine Demonstrationen, bei denen sich die Toleranten gegenseitig ihre Toleranz versichern, sondern die Demokraten müssen dort demonstrieren, wo sie die Nicht-Demokraten sehen und deren potenzielle Wähler erreichen können.‘ [...]

Die Realität, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Realität im Jahr 2014 will ich mit einem kurzen Auszug aus einer Pressemitteilung der IG Metall Stralsund/Neubrandenburg zu den Ereignissen am 8. Mai in Demmin beschreiben. Darin heißt es unter anderem: ‚Völlig überrascht waren die Gewerkschafter über den nach ihrer Meinung überzogenen und am Hafen unkoordinierten Polizeieinsatz ... Der Einsatz der Polizeihunde und das Auffahren der Wasserwerfer führte zum Aufheizen der Stimmung, so die Gewerkschafter. [...] Und im Frontberichterstattungsorgan MUPINFO heißt es dazu, ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich zitiere: ‚Einige Sitzblockaden wurden elegant umgangen und ansonsten sorgte die Polizei für den gebührenden Abstand, die sich – anders

als eine Woche zuvor in Rostock – gegen renitente Linksextremisten konsequent durchsetzte. Die Feierstunde fand in diesem Jahr sogar völlig störungsfrei statt.‘

[...] nun ist es nicht vordergründig Aufgabe dieses Tagesordnungspunktes, die Möglichkeiten oder Nichtmöglichkeiten des Agierens von Demokratinnen und Demokraten am 1. Mai in Rostock oder am 8. Mai in Demmin zu analysieren. Wollen wir uns aber, wollen wir uns und das vom Landtag beschlossene Programm zur Stärkung von Demokratie und Toleranz ernst nehmen, werden wir nicht daran vorbeikommen. [...]

Neben den Beratungen zur Unterrichtung in den Ausschüssen hat sich meine Fraktion ausführlich auf einer Sitzung gemeinsam mit dem Direktor der Landeszentrale für politische Bildung und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit dem aktuellen Stand der Umsetzung des Landesprogramms befasst. Ich möchte daher an dieser Stelle zunächst den Dank meiner Fraktion an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeszentrale und ebenso an die Mitstreiterinnen und Mitstreiter im landesweiten Beratungsnetzwerk aussprechen. [...]

Nach der Landtagswahl 2011 wechselte die Zuständigkeit für das Landesprogramm vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Und so, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es auch nicht verwunderlich, dass sich ein Großteil der Unterrichtung den Aktivitäten des Bildungsministeriums widmet. [...]

Ein Bereich, der gänzlich fehlt, ist die Staatskanzlei. Schon bei der Erarbeitung des Programms 2005 hatte ich vorgeschlagen, die Federführung bei der Umsetzung des Programms der Staatskanzlei zuzuordnen. Das hätte den Vorteil, dass eben diese Zuständigkeit bei Regierungsneubildungen nicht immer gewechselt werden muss, und es würde deutlich, dass die Umsetzung des Programms nicht nur Chefsache, sondern ein wichtiges Anliegen der gesamten Regierung ist. [...]

„ Alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und der politischen Bildung müssen ineinandergreifen. “

Unverzichtbar ist auch, die Strukturen in der Bildungsarbeit, in der Jugendarbeit, in der Kultur und im Sport weiter zu stärken. Wir dürfen nicht nachlassen, entsprechende Angebote vorzuhalten. Wenn in öffentlichen Haushalten Mittel gekürzt werden müssen, werden viel zu eilig und unüberlegt Mittel in den Bereichen Soziales und Kultur gestrichen. [...]

Ebenso fehlen in der Unterrichtung Analysen, wie Kirchen und Religionsgemeinschaften oder auch die Medien zur Umsetzung des Landesprogrammes beitragen. [...]



Nachdem eine Evaluation der Arbeit der Regionalzentren vorgenommen und die Umsetzung der wissenschaftlichen Empfehlungen in der Unterrichtung widergespiegelt wurden, schlägt meine Fraktion vor, das gesamte Landesprogramm einer Evaluierung zu unterziehen und dem Landtag dann ein überarbeitetes, den neuen Bedingungen und Herausforderungen angepasstes Landesprogramm zur Stärkung von Demokratie und Toleranz in unserem Land zur Beschlussfassung vorzulegen. [...]

Im Landesprogramm wurde zu Recht im Leitbild formuliert, ich zitiere: ‚Der Zuspruch der extremen Rechten in Mecklenburg-Vorpommern beruht nicht auf der Substanz ihrer Inhalte‘ – das erleben wir hier auf jeder Landtagsitzung – ‚sondern resultiert aus den vorhandenen Defiziten in der demokratischen Kultur und politischen Handelns. Demokratiefeindliche Ideologien können umso erfolgreicher für ihre Positionen werben, je brüchiger die Bindung an das demokratische Gemeinwesen ist und je schwieriger sich die Lebensbedingungen darstellen. [...] Die Verwirklichung einer aktiven Bürgergesellschaft muss daher Primat haben.‘ Zitatende.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

### Flüchtlingspolitik

Der Landtag hat am 15. Mai auf Antrag der Fraktion DIE LINKE über die Flüchtlings-Problematik debattiert. Die Oppositionsfraktion forderte unter der Überschrift „Weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern – Flüchtlinge willkommen heißen“ unter anderem die Aufstockung des Kontingents für Flüchtlinge aus Krisengebieten wie Syrien. Angesichts von Millionen Bürgerkriegsflüchtlingen sei das Kontingent bei weitem nicht ausreichend, hieß es zur Begründung. Zudem sei es noch nicht einmal annähernd ausgeschöpft. Dies zeige, dass die Hürden für Zuwanderung zu hoch und das Antragsverfahren zu aufwendig seien. Außerdem forderten die Linken, dass Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern selbstbestimmt leben und gesellschaftlich teilhaben können. Dazu gehörten eine menschenwürdige Unterbringung, ein zügiger Arbeitsmarktzugang, gleichberechtigter Zugang zu Sprachkursen sowie Geldleistungen statt Fremdversorgung durch Sachleistungen und Gutscheine. Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützte das Anliegen der Linken und forderte in ihrem Änderungsantrag, die personellen Kapazitäten für die Bearbeitung von Einreiseanträgen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie an den deutschen Botschaften und Generalkonsulaten in den Nachbarstaaten Syriens und in Ägypten auszubauen. Zudem solle die EU-Kommission bis zum Sommer 2014 eine Syrien-Flüchtlingskonferenz einberufen, auf der sich alle EU-Mitgliedstaaten auf konkrete Zahlen und Verfahren zur Aufnahme syrischer Flüchtlinge einigen sollen. Beide Anträge fanden im Parlament keine Mehrheit.

Antrag DIE LINKE Drucksache 6/2931

Änderungsantrag B\*90/DIE GRÜNEN Drucksache 6/2976

Julian Barlen, SPD:

## „Landesprogramm gemeinsam weiterentwickeln“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, deutlich besser hätte die überraschende Unterbrechung dieser Landtagsitzung zur Durchsetzung von Durchsuchungsbeschlüssen im Zusammenhang mit dem NPD-Abgeordneten Petereit, glaube ich, zeitlich nicht passen können, zeigt sie doch, mit wem wir es hier tagein, tagaus an der Fensterfront in der NPD zu tun haben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten uns das – und Minister Brodtkorb ist in seiner Rede eingangs darauf eingegangen – noch einmal in Erinnerung rufen.

Gleich zu Anfang können wir einen braunen Blütenraum, der uns hier am Rednerpult immer wieder präsentiert wird, platzen lassen. Die absolut überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, der Wählerinnen und Wähler in unserem schönen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wählt die NPD explizit nicht. Das, meine Damen und Herren, ist eine Wahrheit. Und eine zweite Wahrheit ist, dass viele Wählerinnen und Wähler in unserem Bundesland überhaupt nicht von ihrem Recht auf eine demokratische Abstimmung Gebrauch machen. Und nur dieser Umstand, dass leider sehr viele Menschen von diesem Recht, zu wählen und sich aktiv einzubringen und ihrer Stimme Gewicht zu verleihen, keinen Gebrauch machen, nur von diesem Umstand profitiert eine extremistische Splittergruppierung, die NPD heißt, die einen deutlich höheren Stellenwert in der Aufmerksamkeit erlangen kann, als ihr eigentlich zustehen würde. Und, meine Damen und Herren, seitens der demokratischen Fraktionen

(Zuruf von David Petereit, NPD)

darf ich Ihnen versichern, dass wir die Tatsache, dass so viele Wählerinnen und Wähler nicht an die Urne schreiten, nicht einfach hinnehmen, sondern dass wir das sehr wohl als Problem und auch sehr wohl als Herausforderung begreifen.

Das ist für uns auch ein Grund mehr, das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz nicht nur fortzuschreiben, sondern gemeinsam strategisch weiterzuentwickeln und gemeinsam mit den vielen äußerst mutigen und äußerst engagierten Menschen in unserem Bundesland dafür zu werben, dass die Menschen die Werte unserer demokratischen Grundordnung als ihre Werte begreifen, dass sie die demokratische Teilhabe und auch die Wahlbeteiligung erhöhen. Und das ist nachvollziehbar, meine Herren von der NPD. Genau vor diesem Werben für mehr Demokratie und genau vor diesem Werben für eine höhere Wahlbeteiligung haben Sie Angst.

*(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

Sie haben nämlich Angst davor, dass, wenn viel mehr Menschen zur Wahlurne schreiten, die NPD dann deutlich weniger Stimmen bekommt, als sie heute schon bekommt, und deshalb machen Sie das gemeinsame Engagement der demokratischen Fraktionen, der demokratischen Kräfte in unserem Bundesland, und deshalb machen Sie natürlich ganz konkret das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz immer wieder verächtlich, verhöhnen es als einen Kampf für ‚Demokranz und Tolerie‘. Und, meine Damen und Herren, Tollerie, das haben wir heute wieder gesehen, können wir insbesondere innerhalb der NPD-Fraktion beobachten.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

Meine Damen und Herren, seit dem Jahre 2006 setzen die demokratischen Kräfte dieses Landes Mecklenburg-Vorpommern ein gemeinsames Zeichen, nicht nur in Form des Landesprogramms für Demokratie und Toleranz. Wir dokumentieren, dass wir zusammenstehen, dass wir bereit sind, fernab der unterschiedlichen Auffassungen in dem einen oder anderen Politikbereich die grundlegenden Werte unserer Demokratie gemeinsam zu verteidigen.



Das Rostocker Satire-Projekt „Storch Heinar“, bekannt von vielen Demokratiefesten in M-V, hat längst auch bundesweit für Aufsehen gesorgt: Ende Mai wurde es vom „Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ als „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ ausgezeichnet.

## Die grundlegenden Werte unserer Demokratie gemeinsam verteidigen

Und, meine Damen und Herren, mehr noch, wir besinnen uns auf genau diejenigen Werte, die Errungenschaften unserer Gesellschaft, die einem jeden Menschen ein Leben in Freiheit und Würde ermöglichen, und das unabhängig von der Herkunft, unabhängig vom Geschlecht, unabhängig von der Religion, unabhängig von der politischen Anschauung, unabhängig von der Frage, wen man liebt. Und genau dieser Umstand, dass wir hier zusammenstehen und gemeinsam für diese Werte eintreten, das unterscheidet alle Demokratinnen und Demokraten in unserem Bundesland von extremistischen Kräften, insbesondere von den extremistischen Kräften der NPD.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)*

Meine Damen und Herren, zum Landesprogramm für Demokratie und Toleranz möchte ich auch seitens der SPD-Landtagsfraktion an dieser Stelle bekräftigen: Wir sind der Auffassung, dass sich dieses Landesprogramm bewährt hat. Ich möchte an dieser Stelle Danke sagen den vielen Menschen in Vereinen, in Verbänden, in der Verwaltung, in Behörden – zu nennen in diesem Zusammenhang selbstverständlich das landesweite Beratungsnetzwerk, die Landeszentrale für politische Bildung –, aber insbesondere möchte ich Danke sagen den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die mithelfen, dieses Landesprogramm für Demokratie und Toleranz in all seinen Facetten mit Leben zu erfüllen, und sich für die Umsetzung mit mutigen, mit friedlichen und mit bisweilen auch fröhlichen Maßnahmen einbringen und ganz beherzt anpacken.

Unserer Auffassung nach ist es insbesondere ein Dreiklang an Maßnahmen, der sich bewährt hat im Werben für mehr demokratische Teilhabe in der Gesellschaft. Dieser Dreiklang besteht aus einer Präventionsmaßnahme, einer politischen Bildung, einem dauerhaften Werben für mehr demokratisches Miteinander. Dieser Dreiklang besteht zweitens aus beherzter Intervention, das heißt, die Ermutigung, sich in allen Regionen unseres Bundeslandes aktiv mit den Bestrebungen der Feinde der Demokratie auseinanderzusetzen. Der Dreiklang besteht zum Dritten aus einer Repression, nämlich der Nutzung aller rechtsstaatlichen und polizeilichen Mittel,

*(Heinz Müller, SPD: Richtig.)*

um gegen Rechtsextremismus vorzugehen, und da, wir sind eben Zeuge geworden,

*(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

haben die Behörden in unserem Land alle Hände voll zu tun.

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

[...] Meine Damen und Herren, [...] wir haben mit dem Landesprogramm in Mecklenburg-Vorpommern etwas geschaffen, was mittlerweile bundesweit vorbildlichen Charakter hat. Wir haben mit dem Landesprogramm ein sehr deutlich ausdifferenziertes, konzeptionell tragfähiges Maßnahmenmodell geschaffen, wofür sich andere Bundesländer interessieren, wovon sie sich eine Scheibe abschneiden.

In der Folge dieses Landesprogramms für Demokratie und Toleranz – Minister Brodkorb ist auf das Bündnis „Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!“, also ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit, eingegangen –, im Ergebnis können wir beobachten, dass in unserem Bundesland das Bewusstsein, wie wichtig demokratische Werte für ein gedeihliches Miteinander sind, gestiegen sind. Wir können beobachten, dass, wenn auch nicht in ausreichendem Maße, es eine Tendenz gibt, den Wert der Demokratie als solchen zu achten.

Wir können beobachten, dass sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger unseres Landes selber aktiv einbringen. Das muss nicht in einer Partei sein, das kann auch in einem Verein sein, im Sport, in der Feuerwehr, in einer aktiven Nachbarschaft. Es gibt vielfältige Möglichkeiten. Und das, meine Damen und Herren, macht uns Mut, den Weg, den wir im Landesprogramm für Demokratie und Toleranz beschritten haben, weiterzugehen, denn wir sind der Überzeugung, dort, wo Rechtsextremismus keine Chance hat, dort, wo es ein lebhaftes Ehrenamt gibt, dort, wo es ein hohes Maß an demokratischer Beteiligung gibt, dort sind die Rahmenbedingungen auch dafür geschaffen, dass sich Wirtschaft ansiedelt und dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Das zeigen alle Analysen, nicht nur aus anderen Bundesländern, sondern international.

Wenig Rechtsextremismus, viel Ehrenamt, viel demokratische Beteiligung, das sind Erfolgsfaktoren letzten Endes auch für eine wirtschaftlich erfolgreiche Region. Und neben dem allgemeinen Wert, Demokratie zu stärken, ist auch dieser Umstand ein weiterer Grund, das Landesprogramm weiterzuentwickeln, und ein weiterer Grund, in der Folge auch dafür zu sorgen, dass die NPD mit ihrer Propaganda nicht weiter fortfährt, den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes in der letzten Konsequenz die Arbeitsplätze wegzunehmen, die ihnen zustehen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –  
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –  
Heinz Müller, SPD: Genauso ist das. –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

[...] Wir als SPD-Fraktion in der Koalition mit der CDU beteiligen uns sehr aufmerksam und auch sehr konstruktiv an dem aktuell laufenden Fortschreibungsprozess dieses Lan-

desprogramms. Herr Ritter hat es angesprochen, da geht es um Finanzen, da geht es um eine konzeptionelle und strategische Schärfung. Ich möchte seitens der SPD-Fraktion zum Ausdruck bringen, dass wir der Auffassung sind, dass die Landeskoordinierung und auch die Landeszentrale für politische Bildung diesen Prozess sehr vorbildlich steuern und vor allen Dingen auch sehr vorbildlich mit allen beteiligten Akteuren aus den Regionen Mecklenburg-Vorpommerns gestalten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)*

Wenn wir diesen Weg weiter vorangehen, meine Damen und Herren, dann haben wir die Möglichkeit, dafür zu werben, dass immer mehr Bürgerinnen und Bürger dieses Landes begreifen und verinnerlichen, dass die Rechtsextremisten von der NPD hier vorne am Rednerpult, auf vielen Demonstrationen im Land tatsächlich auf alles eine kurzfristige Antwort haben, aber für nichts eine eigentliche Lösung. An dieser Stelle möchte ich auch meinen Aufruf an Sie richten: Am 25. Mai haben alle Wählerinnen und Wähler die Gelegenheit, die Demokratie zu stärken, nicht nur bei den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, sondern auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, und in diesem Zusammenhang Rechtsextremismus eine klare Absage zu erteilen. – Herzlichen Dank.“

David Petereit, NPD:

## „Ihre Demokratie ist nicht die unsere“



Foto: Cornelius Kettler

„[...] Was haben Sie nur für Angst vor dem folgenden Redebeitrag, dass Sie die Tagesordnung kurzfristig ändern, dass Sie es arrangieren, dass die Staatsanwaltschaften losrennen mit einem Durchsuchungsbefehl oder dreien, die schon zwei Monate alt sind und dann auch noch an Substanz mangeln lassen?! [...]“

Den vorliegenden Bericht sollte meines Erachtens jeder gelesen haben, denn die Maßnahmen zur Aufgabe des Jahrtausends, der Demokratieerziehung oder besser -erzwingung, laufen auf Hochtouren. Sie sind totaler und radikaler als je zuvor. [...]

Letzten Endes dienen die mit den Demokratie- und Toleranzprojekten verbundenen Aktivitäten der Einschüchterung. Sie wollen unterwürfige Bürger, Opportunisten und Heuchler, die vor der Obrigkeit kuschen.

Eine politische Säuberungsaktion jagt die nächste, Bürger werden von Wahlen ausgeschlossen oder mit faktischen Berufsverboten belegt, weil sie es wagen, eine nicht konforme Meinung zu vertreten.

*(Michael Andrejewski, NPD:  
Weil sie Thor-Steinar-Sachen anhaben.)*

Während Merkel und Genossen gegenüber unliebsamen Staaten wie China, Russland, dem Iran oder auch Weißrussland Menschenrechte und Demokratie anmahnen, gibt es in dem angeblich freiesten Staat, der je auf deutschem Boden existiert habe, politische Gefangene und Tausende Strafverfahren aufgrund von Meinungsäußerungen, und das nennen Sie dann verniedlichend ‚Kontrolldruck‘ gegen Extremisten.

“ Die Landesprogramm-Projekte sind Propagandainstrumente für Einwanderung und Überfremdung. ”

Die über das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz laufenden Projekte sind Propagandainstrumente für Einwanderung und Überfremdung. [...]

Ihre Demokratie ist nicht die unsere. Nach wie vor gibt es auf der Bundesebene keine Möglichkeit für das deutsche Volk, über Fragen von wesentlicher Bedeutung [...] abzustimmen. [...]

Das Agieren und Rudern der Herrschenden ist trotz aller Ernsthaftigkeit regelrecht erbärmlich. Keiner der heutigen Entscheidungsträger, der dafür mitverantwortlich ist, braucht sich dereinst über das Echo zu beklagen, wenn unser Volk die Quittung dafür ausstellt. [...]

#### Anmerkung

Die Redebeiträge der Abgeordneten wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurde die Mehrzahl der Zwischenrufe weggelassen. Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)  
(Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle)

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„An einem Strang ziehen“



Foto: Cornelius Kettler

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! [...]

Das Landesprogramm ist deshalb wichtig, weil die Demokraten [...] über das Landesprogramm deutlich machen, dass sie hier gemeinsam an einem Strang für die Demokratie und gegen die Demokratiefeinde ziehen, dass sie Geld in die Hand nehmen, um [...] Überzeugungsarbeit zu leisten, [...] damit dieser rechtsextreme Spuk in unserem Land endlich aufhört. Ich glaube, dass wir durchaus [...] erfolgreich sind. [...]

Es ist gut, [...] dass es Förderprogramme gibt. [...] Ich glaube allerdings, [...] dass wir die Förderprogramme [...] an den Stellen verstetigen müssen, an denen sie erfolgreich sind. Ich glaube, dass das ein notwendiger Schritt ist, weil viele Träger in [...] Unsicherheit der Finanzierung sind. [...] abhängig sind, dass Jahr für Jahr der Bewilligungsbescheid für ein Projekt kommt, noch sicherer und noch besser arbeiten können, wenn wir hier mit verstetigten Förderungen arbeiten [...].

Es gibt aber aus meiner Sicht durchaus noch Potenziale, die es weiterzuentwickeln, gilt [...] und zwar will ich drei Punkte ansprechen:

Wir haben hier [...] einen gemeinsamen Antrag zum Thema Willkommenskultur getragen. Ich finde, wir müssen auch vor Ort Sorge dafür tragen, dass diese Willkommenskultur gelebt wird, und insbesondere an den Stellen gelebt wird, an denen wir Flüchtlinge, Asylsuchende [...] aufnehmen. Ich glaube, dass es sinnvoll ist, [...] dass wir vor Ort noch in stärkerem Maße dazu beitragen, dass Unterstützer und Moderatoren von uns die entsprechende Rückendeckung bekommen und auch finanziert werden, damit sie in den Kommunen, [...] für die entsprechende Akzeptanz der Aufnahme, für eine Willkommenskultur sorgen und mitunter schwierige Prozesse moderieren können. [...]

“ Auch Blockaden sind ein legitimes Mittel der Demonstration. ”

Ich glaube auch, dass die Regionalzentren in stärkerem Maße noch darauf orientiert werden müssen, die Arbeit vor Ort zu vernetzen, und ich glaube, dass es überlegens- und überdenkenswert ist, dass die Präventionsräte [...] in stärkerem Maße eingebunden werden.

Ich will in dem Zusammenhang auch sagen, [...] dass wir die Kommunalparlamente [...] dazu motivieren sollten, über die Parteigrenzen hinweg unter den Demokraten das zu tun, was wir hier schon seit vielen Jahren erfolgreich tun, nämlich den Schweriner Weg zu realisieren. [...]

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Abschluss [...] möchte ich gerne [...] die Geschehnisse in Demmin und Rostock ansprechen.

Ich will voranstellen, dass [...] die Bereitschaft zu Gewalt von niemandem von uns akzeptiert wird. Ich glaube auch gleichzeitig, dass wir uns alle wünschen, dass sich Nazi-aufmärschen [...] Demokraten entgegenstellen, dass sie hergehen und deutlich machen, wir wollen die Nazis hier nicht [...], dass sich daran viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen, dass wir auch über die Polizeistrategie und über die Herangehensweise der Ordnungskräfte und über die Liberalität zu der Frage, wo werden Demonstrationen gestattet, uns anders aufstellen müssen, als das jetzt bei den beiden vergangenen Veranstaltungen der Fall gewesen ist. Ich glaube, dass es sinnvoll ist [...], dort zu vermitteln, dass selbstverständlich auch Blockaden ein legitimes Mittel der Demonstration sind. Es gehört dazu, das nicht zu behindern, sondern ausdrücklich zu unterstützen. Auch dieses Signal muss von diesem Landtag an die Landesregierung, an den Innenminister gehen.

Das ist kein Aufruf zur Akzeptanz von Gewalt, [...] aber es ist ein klarer Aufruf an das Selbstverständnis auch der Ordnungsbehörden, der Polizei, möglicherweise des Innenministeriums. [...]"

*Bericht der Landesregierung Drucksache 6/2383*

*Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ Drucksache 4/2169*

### Nachruf



Der frühere Landtagsabgeordnete und Alterspräsident **Prof. Dr. Gerhard Poppei** ist im Alter von 88 Jahren gestorben. Der Professor für Physik, der zuletzt an der Hochschule Wismar lehrte, gehörte in der Zweiten Wahlperiode als Mitglied der PDS-Fraktion dem Landtag an. Er war Sprecher seiner Faktion für Energie- und Verkehrspolitik sowie Seniorenpolitik und Mitglied im Ersten Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Zur weiteren Klärung von Sachverhalten im Zusammenhang mit dem Kauf und dem Betrieb der Deponie am Ihlenberg“.

# Landtag vor Ort

Als Unterstützer der landesweiten Demokratie-Bündnisses **„WIR. Erfolg braucht Vielfalt“** ist der Landtag bei vielen Demokratiefesten im Land dabei. Bürgerinnen und Bürger können sich vor Ort über Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise des Landtages informieren, mit Abgeordneten sprechen und bei einem Quiz attraktive Preise gewinnen.



Fotos: Landtag M-V

Projekttag „Gymnasium Sanitz gegen Rechts“ am 30. August 2013



Demokratiefest in Wismar am 26. April 2014



Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Neustrelitz vom 20. bis 22. Juni 2014



Foto: Landtag M-V

Die Enquete-Kommission des Landtages „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ informierte sich in Biotechnikum Greifswald über altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben.

## Technik als Helfer im Alltag

Auswärtige Sitzung der Enquete-Kommission  
in Greifswald

Am 9. Mai tagte die Enquete-Kommission des Landtages im Biotechnikum Greifswald. Im Mittelpunkt stand das Thema **Altersgerechte Assistenzsysteme für ein selbstbestimmtes Leben (Ambient Assisted Living – AAL)**. In der Wanderausstellung zur innovativen technischen Unterstützung für das Leben insbesondere älterer Menschen hatten die Kommissionsmitglieder die Gelegenheit, sich praxisnah zu informieren.

Einführend erläuterte Jenny Kempka, Projektleiterin des Technologiezentrums Vorpommern, Vorteile und Voraussetzungen für die Anwendung der neuen Technologien. Sie verdeutlichte, dass die Einrichtung eines Netzwerkes für Beratung und Informationen rund um das Thema notwendig ist. Im Foyer des Biotechnikums ließen sich die Kommissionsmitglieder ein Telemonitoring-System vorführen. Mit Hilfe von Sensoren können Fenster, Licht und Heizung automatisch gesteuert oder aus der Ferne bedient werden. Zur Steigerung der Sicherheit können Einbruchs-, Rauch-, Hitze- und Wassermelder den Innenraum überwachen, und eine automatische Herdabschaltung kann installiert werden. Einige Notruf-



Kommissionsvorsitzende Martina Tegtmeier (r.), lässt sich kleine alltagstaugliche Helfer, wie einfach zu montierende Badewannenhaltgriffe, zeigen.

systeme für Wohnbereich und Freizeitaktivitäten wurden vorgestellt, die zum Beispiel bei Sturz automatisch ausgelöst werden und ein Signal an eine Notrufzentrale weiterleiten. Kleine alltagstaugliche Helfer wie einfach zu montierende Badewannenhaltgriffe und leichte Rollatoren durften getestet werden.

Andre Huysmann, Geschäftsführer APEX MV, demonstrierte elektronische Geräte, die den Gesundheitszustand erfassen und an medizinische Zentren weiterleiten oder an Medikamenteneinnahme und Termineinhaltung erinnern.

In der Sitzung berichtete Senioren-Technik Botschafter Horst Ungelenk engagiert von seiner Ausbildung zum Berater in Sachen AAL. Er berät in dem Pilotprojekt der Kommunalen Beratungsstelle Vorpommern-Greifswald zur Anwendung der neuen Technologien.

Sozialdezernent Dirk Scheer (Landkreis Vorpommern-Greifswald) stellte das Konzept einer Musterwohnung vor, in der neue Möglichkeiten für Sicherheit, Pflege und Betreuung anschaulich präsentiert werden.

### AAL

Ambient Assisted Living umfasst Methoden, Konzepte, (elektronische) Systeme, Produkte sowie Dienstleistungen, welche das alltägliche Leben älterer und auch benachteiligter Menschen unterstützen. Die verwendeten Techniken und Technologien sind auf den Nutzer ausgerichtet und integrieren sich möglichst unaufdringlich in dessen direktes Lebensumfeld. Die Gruppe der Anwender solcher Technik ist sehr vielfältig. Sie reicht von gesunden und aktiven Älteren, die hauptsächlich Lifestyle-Funktionen zur Steigerung der Lebensqualität verwenden, bis hin zu Menschen mit mehreren Grunderkrankungen, denen ein längeres selbstständiges Leben im häuslichen Umfeld ermöglicht werden soll. Hierbei werden auch Pflegepersonal, Ärzte und Familienmitglieder in die Unterstützung einbezogen, beispielsweise durch erweiterte Kommunikationsmöglichkeiten und erleichterte soziale Interaktion.

# Peenemünde

Bildungsausschuss besucht  
Historisch-Technisches Museum Peenemünde

**Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besuchte der Bildungsausschuss am 7. Mai das Historisch-Technische Museum in Peenemünde, um sich über die Situation und die Perspektive dieses Museums, dessen Hauptgesellschafter das Land ist, zu informieren.**

Das Museum habe sich seit seiner Umwandlung in eine GmbH im Jahr 2010 sehr gut entwickelt und leiste eine umfangreiche museumspädagogische Arbeit, erklärte Museums-Geschäftsführer Michael Gericke zu Beginn des Rundgangs. Die Abgeordneten besichtigte die Sonder- und die Dauerausstellung sowie das Kraftwerk mit seinen im April neu eröffneten Ausstellungsbereichen in der Turbinenhalle und in weiteren, bisher nicht zugänglichen Ebenen des Kesselhauses. Als eines der wenigen erhaltenen Gebäude der Peenemünder Versuchsanstalten gilt das ehemalige Steinkohlekraftwerk heute als das größte Industriedenkmal Mecklenburg-Vorpommerns.

Bei dem Rundgang durch die Dauerausstellung wurden auch die Probleme des Museums sichtbar. So sind die zum Teil sehr kleinen Räume und Bildschirme bzw. Schautafeln nicht geeignet, größere Gruppen auch ohne Führung mit den Ausstellungsinhalten vertraut zu machen. Deshalb arbeitet das Museum an einem Konzept für eine attraktive Dauerausstellung, die den neuesten wissenschaftlichen und museumspädagogischen Ansprüchen gerecht wird. Außerdem muss sich gerade das Museum in Peenemünde der ethischen Frage nach der Verantwortung des Wissenschaftlers stellen. Auf der einen Seite sind in Peenemünde wichtige ingenieurtechnische Leistungen auf dem Gebiet der Raketentechnik erbracht worden, auf der anderen Seite wurde an der Entwicklung einer Massenvernichtungswaffe gearbeitet und sind Zwangsarbeiter gequält worden. Dieser Ambivalenz der Ereignisse gilt es, gerecht zu werden.

Der Bildungsausschuss wird die Entwicklung des Historisch-Technischen Museums in Peenemünde auch weiterhin begleiten.



Foto: Jens Büttner

*Der Start der ersten Fernrakete der Welt in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde im Oktober 1942 besiegelte einen der spektakulärsten, aber auch gefährlichsten technischen Durchbrüche des 20. Jahrhunderts.*



*v.l. Günther Neumann (Vorsitzender des Agrarmarketing Mecklenburg-Vorpommern e.V.), Regine Lück (2. Vizepräsidentin des Landtages), Stefanie Drese (SPD-Fraktion) und Dietmar Eifler (CDU-Fraktion, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses) beim Branchentag Ernährungswirtschaft Foto: Kristin Falkenberg*

## Ernährungswirtschaft

Wirtschaftsausschuss beim Branchentag 2014  
in Ahrenshoop dabei

**Am 23. April trafen sich mehr als 140 Unternehmen der Ernährungswirtschaft und Experten auf dem Branchentag Ernährungswirtschaft in Ahrenshoop, der zum vierten Mal als gemeinsame Veranstaltung des Agrarmarketing Mecklenburg-Vorpommern e.V. und der Wirtschaftsfördergesellschaft für Mecklenburg-Vorpommern stattfand. Auch Abgeordnete des Wirtschafts- und Agrarausschusses nahmen an dieser Veranstaltung teil.**

Die Ernährungswirtschaft ist die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes in Mecklenburg-Vorpommern und konnte 2013 einen Gesamtumsatz von 4,4 Milliarden Euro erzielen. Das ist ein Zuwachs von 100 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr. Zudem ist das Auslandsgeschäft im letzten Jahr deutlich gewachsen.

Trotz dieser guten Umsatzzahlen steht die Ernährungswirtschaft vor großen Herausforderungen, sowohl auf dem Absatz- als auch auf dem Beschaffungsmarkt. Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus stellte auf dem Branchentag die Unterstützungsmöglichkeiten des Landes bis 2020 aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) vor. Gefördert würden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Des Weiteren könnten Partner aus der Land- und Ernährungswirtschaft sowie Wissenschaft und Vermarktung bis zum 30. Juni 2014 am Wettbewerb zur Gründung Operationeller Gruppen im Rahmen der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) „Produktivität und Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft“ teilnehmen und bei erfolgreichem Wettbewerbsabschluss über drei Jahre gefördert werden.

### Ernährungswirtschaft

Mehr als 14.000 Beschäftigte sind in unserem Land in dieser Branche tätig. Zu den wichtigsten Produktionsbereichen zählen die Fleisch-, Milch- und Fischverarbeitung, die Backwarenindustrie sowie die Getränkeherstellung.



v.l. Dr. André Brie (DIE LINKE), Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Detlef Müller (SPD), Vizepräsidentin Beate Schlupp, Andreas Texter CDU), Bodo Bahr (Landtagsverwaltung).  
Foto: Landtag M-V

## Parlamentsforum in Kaliningrad

Für Nachhaltigkeit im Tourismus

Eine Abordnung des Landtages unter der Leitung von Vizepräsidentin Beate Schlupp nahm vom 19. bis 22. Mai am 12. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kaliningrad teil. Der Delegation gehörten außerdem der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller sowie die Abgeordneten Andreas Texter (CDU), Dr. André Brie (DIE LINKE) und Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an.

Etwa 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Partnerregionen der Südlichen Ostsee Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, der Freien und Hansestadt Hamburg, der Woiwodschaften Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation befassten sich mit dem Schwerpunktthema Tourismus, insbesondere unter den Aspekten der Kultur, der Bildung, der Gesundheit sowie der Ökologie und Nachhaltigkeit.

Die Delegation des Landtages setzte sich insbesondere für die grenzüberschreitende Förderung des Gesundheitstourismus ein. „Dadurch soll unter anderem im Zuge des demografischen Wandels darauf hingewirkt werden, ältere Reisende wirksamer in den Fokus der Tourismuswirtschaft zu rücken“, begründete Vizepräsidentin **Beate Schlupp** das Engagement der MV-Abgeordneten.

Weitere Konferenz-Themen waren der verstärkte Fachkräfteaustausch, die Entwicklung und Umsetzung gemeinsamer Bildungsprojekte sowie die Entwicklung von Nachhaltigkeitsstandards für touristische Angebote, insbesondere beim Wassertourismus.

Die Abschlussresolution, in die zahlreiche Forderungen aus M-V eingeflossen sind, richtet sich an Entscheidungsträger der Europäischen Institutionen sowie Institutionen im Ostseeraum, wie die Ostseeparlamentarierkonferenz und HELCOM.

Überschattet war das Treffen in Kaliningrad von den schwierigen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine. In ihrer Einführungsrede hatte Beate Schlupp ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, dass die Partner schnellstmöglich wieder zurückkommen zur Normalität in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit unbelastet und konstruktiv fortgesetzt werden könne, um weitere Verbesserungen im Zusammenleben der Menschen in der Region zu erreichen.

Das 13. Parlamentsforum Südliche Ostsee soll auf Einladung der Hamburger Bürgerschaft vom 19. bis 21. April 2015 in der Elbemetropole stattfinden.

## Tag der Meere

Expertentreffen in Bremen



Beim diesjährigen Europäischen Tag der Meere trafen sich vom 19. bis 20. Mai in Bremen internationale Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltorganisationen, um über neue nachhaltige Innovationen und Technologien im Bereich der Meeresressourcen zu diskutieren. Für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern nahm der Abgeordnete Jochen Schulte teil.

In verschiedenen Workshops und Diskussionsrunden tauschten sich Experten über ihre Erfahrungen und mögliche Neuerungen aus, um die Meeresressourcen als „blauen“ Wirtschaftssektor besser nutzen zu können. Bei seiner Rede im Workshop „Zusammenarbeiten für eine saubere, gepflegte und sichere Ostsee“ stellte **Jochen Schulte**, Maritimer Berichterstatter der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC), die Arbeit der BSPC als politische Kooperation der Ostseerainerstaaten vor und betonte insbesondere die Bedeutung dieser Konferenz für Mecklenburg-Vorpommern. Dabei setzte er den Fokus auf die wirtschaftlichen Effekte, die mit der maritimen Raumplanung im Ostseeraum einhergehen. So sei das Meer ein Bereich, in dem verschiedene Nutzungsmöglichkeiten – ökonomische, ökologische und wissenschaftliche – miteinander konkurrierten. Hinzu komme, dass das Meer nicht mehr nur von den traditionellen Industrien, wie Schifffahrt und Fischerei, genutzt werde, sondern auch neuere Entwicklungen, wie Offshore Windkraftanlagen, an Bedeutung gewinnen würden. Es gelte, mit einer vernünftigen Meeresraumplanung einen Rahmen zu schaffen, in dem alle Interessen in Balance stehen. Im weiteren Verlauf der Konferenz sprachen sich auch die zuständige EU-Kommissarin sowie Vertreter des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates für die bessere und nachhaltige Nutzung der vielfältigen Meeres-Ressourcen aus.



# Ferienwohnungen in Wohngebieten

Öffentliche Anhörung im Wirtschaftsausschuss

Der Wirtschaftsausschuss führte am 19. Juni auf Antrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine öffentliche Anhörung zum Problem von Ferienwohnungen in Wohngebieten durch. Beide Fraktionen hatten in einem gemeinsamen Antrag in der Plenarsitzung am 16. Mai ein landesweites Moratorium gefordert, um den schwelenden Konflikt zu lösen und Rechtskonformität herzustellen. An der Anhörung nahmen sieben von insgesamt zehn eingeladenen Sachverständigen teil.

Prof. Dr. Gerrit Manssen von der Universität Regensburg machte deutlich, dass der Landtag keine verbindlichen Beschlüsse für den Verwaltungsvollzug treffen könne. Ein landesweites Moratorium wäre rechtswidrig. Es sei Aufgabe der kommunalen Bauleitplanung, für ein verträgliches Nebeneinander von Wohnnutzung und Vermietung an Feriengäste zu sorgen. Das geltende Recht sei hinreichend flexibel, um im Einzelfall angemessene Lösungen zu ermöglichen.

Der Hotel- und Gaststättenverband M-V (DEHOGA M-V) sehe die ausufernde Praxis bei der privaten Vermietung von Ferienwohnungen eher kritisch, sagte dessen Hauptgeschäftsführer Matthias Dettmann. Er befürworte einen staatlichen Steuerungsmechanismus für eine „gesunde“ Entwicklung.

Der Landrat des Landkreises Rostock Sebastian Constien forderte eine rechtliche Klarstellung. Als unterer Bauaufsichtsbehörde habe sein Landkreis die Aufgabe, Recht umzusetzen und auf Anzeigen sowie Beschwerden zu reagieren.

Auch der Bürgermeister des Ostseebades Kühlungsborn Rainer Karl befürwortete eine entsprechende Änderung der Baunutzungsverordnung. Durch die aktuelle Situation leide insbesondere das Image der Küstenregion.

Dr. Hans Volkmann von der Bürgerinitiative „Pro Urlauber als Nachbarn“ Kühlungsborn begrüßte den vorliegenden Antrag. Ein landesweites Moratorium sei dringend erforderlich und sollte sofort in Kraft treten, um weiteren wirtschaftlichen Schaden abzuwenden.

Lars Fricke als Mitinhaber des Planungsbüros „Stadt- und Regionalplanung“ kritisierte, dass das Oberverwaltungsgericht M-V von den Kommunen eine Lösung für das Problem verlange, es dafür aber keine bzw. nur eine sehr unsichere Rechtsgrundlagen gebe. Es sei auch fraglich, ob man im Land tatsächlich eine über 100 Jahre gewachsene Tradition und Normalität künftig unterbinden wolle.

Auch der Fachanwalt für Verwaltungsrecht sowie Bau- und Architektenrecht Dirk Wolter hält eine Handreichung für Kommunen und Baubehörden für zwingend erforderlich, um Verwaltungshandeln zu vereinheitlichen und vor allem kurzfristig die Rechtssicherheit zu erhöhen.

# Hochschul-Besoldung

Finanzausschuss hört Sachverständige

Am 8. Mai führte der Finanzausschuss eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung besoldungs- und versorgungsrechtlicher Bestimmungen des Landes durch. Eingeladen waren zehn Sachverständige aus den verschiedenen Hochschul-, Wissenschafts- und Gewerkschaftsverbänden des Landes.



Vier Verbände gaben vorab ihre schriftlichen Stellungnahmen ab, die Landesrektorenkonferenz, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der dbb Beamtenbund und Tarifunion, der Verband Hochschule und Wissenschaft, der Deutsche Hochschulverband und der Hochschullehrerbund waren bei der Anhörung live dabei.

Übereinstimmend erklärten die Experten, dass sie grundsätzlich den Gesetzentwurf, vor allem die Anhebung des Grundgehalts der W2-Professoren, begrüßen. Auch bei der Verbeamtung von Lehrern in M-V waren sich die Experten einig. Ein solcher Schritt steigere die Attraktivität des Lehrerberufs und gleiche den aktuellen Wettbewerbsnachteil zu anderen Bundesländern aus.

Bedenken äußerten einige Sachverständige zur geplanten Anrechnung von Leistungsbezügen auf die Besoldungserhöhung. So würden sowohl leistungsstarke als auch diejenigen Professoren benachteiligt, die bereits einen längeren Zeitraum nach der W2- oder W3-Besoldungsstufe vergütet worden seien. Des Weiteren wurde kritisiert, dass der Gesetzentwurf eine Anhebung der W1-Besoldung und somit der Juniorprofessoren nicht vorsehe. Damit werde eine Chance vertan, den Standort Mecklenburg-Vorpommern für leistungsstarke Nachwuchskräfte noch attraktiver zu machen.

Der Vorsitzende des Ausschusses Torsten Koplín kündigte an, dass die Fraktionen die Änderungsvorschläge prüfen und gegebenenfalls Änderungen an Gesetzentwurf der Landesregierung vornehmen werden.

*Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 6/ 2791*

# Nicht Schuld - aber Verantwortung!

Schülerinnen und Schüler aus Malchow bei den Begegnungstagen des Landtages in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück

„Ich bewundere die Lebensfreude, die Sie trotz all dem Schlechten, das Ihnen widerfahren ist, versprühen.“ Wie Emma sind auch die anderen Schülerinnen und Schüler aus Malchow tief beeindruckt von dieser kleinen, zarten Frau, die extra ihretwegen aus Israel zum Jugendprojekt des Landtages nach Ravensbrück gekommen ist. Zwei Tage lang beschäftigen sich die Zehntklässler in der Mahn- und Gedenkstätte mit den Verbrechen der Nationalsozialisten, recherchieren vor Ort und nutzen die Chance, mit einer Überlebenden zu sprechen.

„Was ich euch erzähle, wird schwer für mich, aber auch schwer für euch“, sagt Batsheva Dagan zum Auftakt. Die 88-Jährige, die als polnische Jüdin nach Auschwitz und Ravensbrück deportiert wurde, hat durch den Holocaust fast ihre ganze Familie verloren. Ihre Eltern und ihre Schwester Genia wurden nach Treblinka deportiert. „Genia war bildschön, blond, mit blauen Augen“, erzählt sie den Schülern. „Ich dachte, wenn eine von uns überlebt, dann sie!“ Genia wurde wie ihre Eltern in Treblinka ermordet. Von Batshevas älteren Geschwistern, die nach Russland geflohen waren, überlebte nur ein Bruder. Ihre kleine Schwester Sabina wurde erschossen, als sie aus dem Ghetto fliehen wollte. Batsheva selbst floh mit falschen Papieren ausgerechnet nach Deutschland, zur Zwangsarbeit bei einer nationalsozialistischen Familie in Schwerin. Sie wurde denunziert und über sechs Gefängnisse 1943 nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Als sich die Sowjetarmee Auschwitz näherte, trieben die Nazis die Insassen gen Westen. Batsheva kam nach Ra-



Fotos: Landtag M-V



Die Begegnung mit Batsheva Dagan werden die Schülerinnen und Schüler aus Malchow nicht vergessen.

vensbrück, dann ins Außenlager Malchow und wurde auf dem Todesmarsch bei Lübz – wieder im heutigen Mecklenburg-Vorpommern – befreit. Zunächst ging sie nach Belgien und siedelte vier Monate später nach Palästina über.

Immer wieder kommt sie von Israel nach Deutschland, um vor allem mit jungen Menschen zu sprechen. Sie beantwortet alle Fragen, spricht über den schrecklichen Lageralltag, erzählt aber auch von Freundschaft und Solidarität. Wie es ihr gelang zu überleben, wollen die Schüler wissen. „Vielleicht war es die Kraft, das Leid zu ertragen“, sagt sie. „Vielleicht war es nur Glück!“ Um dem schrecklichen Alltag und der Todesangst für Augenblicke zu entfliehen, lernt sie in Auschwitz Französisch. „Das war wichtig für meine Seele“, betont sie. Woher nimmt sie die Kraft, trotz ihres schweren Schicksals so ein fröhlicher Mensch zu sein? „Ich war zum Tode verurteilt“, antwortet Batsheva Dagan auf diese Frage, „und ich lebe!“ Kraft geben ihr ihre Söhne, Enkel und Urenkel, aber auch immer wieder die Begegnungen mit jungen Menschen. „Ihr seid die Zeugen der Zeugen“, sagt sie zu den Schülern. „Ihr habt keine Schuld an den Verbrechen der Nazis“, fügt sie hinzu. „Aber ihr





Zu seinem Ravensbrück-Projekt hatte der Landtag die 10. Klassen der Fleesensee-Gesamtschule Malchow eingeladen. Regine Lück (1. Reihe, 3.v.l.), 2. Vizepräsidentin des Landtages, war beim Abschluss-Meeting dabei.

trägt Verantwortung, dass sich so etwas nie mehr wiederholt!“ Bei den Mädchen und Jungen aus Malchow kommt diese Botschaft an. „Jeder Mensch sollte so akzeptiert werden, wie er ist – egal, welcher Religion oder Nation er angehört“, schreibt Kai nach den Gesprächsrunden mit Batsheva Dagan auf seinen Feedback-Bogen. Das findet auch Annica: „Jeder sollte das Recht haben, sein Leben so zu leben, wie er es möchte!“ Die Projektstage enden mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal für die in Ravensbrück ermordeten Frauen, Kinder und Männer. Als die Schülerinnen und Schüler in den Bus zurück nach Malchow steigen, nehmen sie viele neue Erfahrungen, Gedanken und Gefühle mit. Das Thema wird sie in der Schule und in ihrem Leben weiter begleiten.



Fotos: Landtag M-V

Silke Gajek, 3. Vizepräsidentin des Landtages, mit Batsheva Dagan

## Meinungen

### Das nehme ich aus der Begegnung mit Batsheva Dagan mit:

Jeder Mensch sollte so akzeptiert werden, wie er ist – egal, welcher Religion oder Nation er angehört. **Kai**

Dass man im Leben immer eine Wahl hat! Dass es in meiner Hand liegt, wie ich mich entscheide und wie ich damit umgehe, was mir das Leben bringt. **Elisa**

Jeder hat das Recht, frei und glücklich sein Leben zu leben! **Laura**

Jeder sollte das Recht haben, sein Leben so zu leben, wie er es möchte. **Annica**

Ich finde es großartig, dass Sie eine so lange Reise machen, um uns zu treffen. **Jessica**

Man muss sich nicht mit allen Leuten gut verstehen, aber man muss sie tolerieren! **Lennart**

Ich bewundere die Lebensfreude, die Sie trotz all dem Schlechten, was Ihnen widerfahren ist, versprühen. **Emma**

Ich habe von der Begegnung mit Batsheva Dagan mitgenommen, dass die Erziehung von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig ist, um aus ihnen freundliche, tolerante und liebevolle Menschen zu machen. **Lehrerin Tina Fischer**

Die Geschichte der Frauen von Ravensbrück lebt und ist für die Schülerinnen und Schüler nach wie vor ein Thema. **Lehrer Stephan Porath**

Ein Projekt-Video gibt es auf dem YouTube-Kanal des Landtages.





Fotos: Angelika Lindenbeck



„Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.“ Dieses Kredo des Theaterdirektors im „Vorspiel auf dem Theater“ in Goethes Faust I war auch das Konzept für den „Tag der offenen Tür“ im Landtag. Diskussionen, Information und Unterhaltung in den Landtagsfraktionen und in den Fachausschüssen, Schaudebatten im Plenarsaal, Blick in die Plenarsaal-Baustelle, Aufstieg in die Niklothalle und die goldene Kuppel, freier Eintritt ins Schlossmuseum, NDR-Studio und Schlosskirche, WIR-Demokratiemeile vor dem Schloss – das vielfältige, bunte Programm lockte am 15. Juni Tausende in den schönsten Landtagsstz Deutschlands.

„Unser Konzept ist aufgegangen“, freute sich auch Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. „Die Besucherinnen und Besucher waren interessiert und offen, es herrschte eine fröhliche Stimmung“, so ihr Resümee. „Die Gäste haben das Schloss als demokratisches, weltoffenes Haus erlebt.“



Blasorchester der Kreismusikschule Nordwestmecklenburg



Vereine und Verbände der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ vor dem Schloss.

# Demokratisches und weltoffenes Haus

Tausende kamen zum Tag der offenen Tür in den Landtag



Gespräche, Spaß und Unterhaltung in den Fraktionen

Fotos: Angelika Lindenbeck



v.l. Architekt Tilman Joos, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Dr.-Ing. Antje Bernier (Hochschule Wismar), Probst Holger Marquardt (Schlosskirchengemeinde) und Moderator Jürgen Seidel

# Potenzielles Welterbe bietet Vielfalt

Podiumsgespräch zum Tag der offenen Tür informierte auch über Baufortschritt

Die gute Nachricht sorgte am Tag der offenen Tür für wortwörtliche Sonntagstimmung im Landtag: Das Schweriner Schlossensemble ist auf dem Weg zum Weltkulturerbe einen großen Schritt vorangekommen. Drei Tage zuvor hatten die Kultusminister der Länder die einstige Herzogsresidenz auf die deutsche Bewerberliste für die Aufnahme ins UNESCO-Welterbe gesetzt. Bis der Status tatsächlich erreicht ist, werden zwar noch Jahre vergehen. Doch das Interesse am Schweriner Schloss ist bereits jetzt hoch, wie auch das gut besuchte Podiumsgespräch am Nachmittag des 15. Juni im Plenarsaal zeigte.

„Vielfältiges Leben in historischen Mauern. Zukunft des potenziellen Welterbes Schweriner Schloss“ hieß das Thema. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Architekt Tilman Joos, der mit seinem Münchner Büro den Wettbewerb für den Neubau des Plenarsaales gewonnen hatte, Antje Bernier, Architektin und Lehrbeauftragte an der Hochschule Wismar, sowie Probst Holger Marquardt, Pastor der Schlosskirchengemeinde, beantworteten gut eine Stunde lang die Fragen von Moderator Jürgen Seidel. Der natürlich auch wissen wollte, wie die Bauarbeiten am neuen Plenarsaal vorankommen. „Wir liegen genau im Zeitplan“, berichtete **Tilman Joos**. Am Südportal werde demnächst ein Baukran stehen – äußerer Zeuge der Arbeiten im Inneren, wo nun als nächster Schritt ein tragfähiger Boden eingezogen werde. Dem großen Ziel, bis Ende 2016 den neuen Saal zu übergeben, steht seinen Worten nach bislang nichts im Wege. Ein lichter Raum solle es werden, wie es einst der Goldene Saal war, der sich an jener Stelle befand und den – wie Joos glaubt – der Großherzog nach dem verheerenden Schlossbrand von 1913 bewusst abreißen ließ. Eine Anlehnung an alte Zeiten, keine Nachahmung, wie der Architekt betonte.

Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** wies auf Vorteile des großzügigen Umbaus hin: „Die Parlamentarier können sich dann in die Augen schauen und die Besucher endlich auch die Zwischenrufe verstehen.“ Ein Plus für die Demokratie, wie sie einschätzt. Doch sei der Landtag nicht der einzige Nutzer des Gebäudes. Das Schloss beherbergt auch den historischen Teil des Staatlichen Museums und mit Bistro, Café und Orangerie die Schlossgastronomie - öffentliche Bereiche mit zahlreichen Besuchern.

Und diese müssen ungehindert und gleichberechtigt Zugang zum Schloss finden, findet **Dr. Antje Bernier**, die sich für barrierefreies Bauen stark macht. „Das Schloss ist der zentrale Ort im Land für Demokratie und Beteiligung aller Bürger“, sagte die Architektin und Bauingenieurin. Deshalb müsse es Vorbild sein bei Innovationen für Menschen mit Behinderungen. Dies sei in einem Denkmal eine besondere Herausforderung, räumt sie ein. „Da muss man immer nach Kompromissen suchen“, nahm Sylvia Bretschneider den Faden auf. Bei allen Bauvorhaben müsse man die Barrierefreiheit von Beginn an im Blick haben. Zwar gebe es in einem historischen Gebäude Grenzen, aber dennoch sei bereits einiges umgesetzt worden. Die Präsidentin nannte unter anderem Treppenlifte für Rollstuhlfahrer und technische Erleichterungen für Hörgeschädigte.

Die Plenarsaal-Baustelle wurde am „Tag der offenen Tür“ wieder zur vielbesuchten „Schaustelle“.



Fotos: Angelika Lindenbeck



Von der Niklothalle hatte man einen schönen Blick auf Schwerin.

Jeder Besucher oder Mitarbeiter solle sich überall möglichst selbstständig bewegen können, unterstrich Tilmann Joos. So sollen im neuen Plenarsaal Stufen weggelassen werden. Die Besuchertribüne sei zwar im 4. Obergeschoss vorgesehen. Doch könnten Rollstuhlfahrer die Debatten direkt im darunter liegenden Plenarsaal verfolgen.

Für die Öffentlichkeit zugänglich ist seit ihrem 450-jährigen Jubiläum im Vorjahr auch die frisch renovierte Schlosskirche. Hier werden nicht nur sonntägliche Gottesdienste gefeiert, wie Pastor **Holger Marquardt** berichtete. In den Landtagswochen halten Abgeordnete ökumenische Andachten, oft mit dem Landesrabbiner als Gast. Aber auch darüber hinaus gebe es großes Interesse. Mehrfach wöchentlich würden Besuchergruppen das Kleinod mit dem leuchtenden Himmel besichtigen. Die goldenen Sterne am Gewölbe seien begehrt, berichtet der Pfarrer. Die Partnerschaft über die Himmelskörper könne man bekanntlich symbolisch erwerben und sich damit an den Sanierungskosten beteiligen. Die Spendenaktion „Kauf dir deinen Stern vom Himmel“ sollte rund zehn Prozent der 4,5 Millionen Euro teuren Kirchenrestaurierung einbringen. „Das haben wir fast geschafft“, ergänzte die Landtagspräsidentin. Wer sich jetzt für dieses ganz besondere Geschenk entscheidet, müsse sich sputen, sagte Sylvia Bretschneider. „Von den genau 8758 Sternen sind 6554 bereits verkauft.“



Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Bundes-Sozialministerin Manuela Schwesig im Interview mit Antenne MV.



Der Petitionsausschuss informierte über seine Aufgaben als Ansprechpartner für Bitten und Beschwerden.



Schüler vom G.-Hauptmann-Gymnasium Wismar debattierten mit Abgeordneten über Computerspiele als Unterrichtsmittel.

Fotos: Angelika Lindenbeck



Am 23. Juni empfing Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Botschafter des Großherzogtums Luxemburg, S.E. Georges Santer, im Schweriner Schloss. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Europapolitik. Luxemburg wird im Juli 2015 die Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union übernehmen. Es sei ihm wichtig, mit Partnern in den Bundesländern zu europäischen Themen ins Gespräch zu kommen, betonte Santer. „Wir müssen neue Wege nach Europa finden“, sagte er. Begeistert zeigte sich der Gast vom Schweriner Schloss, dessen Vielgestaltigkeit und wechselvolle Geschichte er bei einem Rundgang kennenlernte.



Ob Vereine und Verbände, Unternehmen, Behörden, Schausteller, Händler oder die sechs „Majestäten“ des Landes, wie die Strelitzienkönigin — etwa 3000 Mitwirkende haben dafür gesorgt, dass der 11. Mecklenburg-Vorpommern-Tag in Neustrelitz ein voller Erfolg wurde. In der Landesmeile am Marktplatz war auch der Landtag dabei. In zwei Pavillons gab es Informationen zur Landespolitik, Gespräche mit Abgeordneten, eine Malstraße für Kinder, Dosenwerfen und ein Quiz rund um Politik und Historie. Als Hauptgewinn lockt ein Besuch im Landtag mit exklusiver Schlossführung und Einladung in das Schlossrestaurant. (Die SPD-Abgeordnete Dagmar Kaselitz, re., im Gespräch mit Besuchern des Landtagszeltes.)



Im Innenhof des Schweriner Schlosses erfolgen zurzeit Tiefbauarbeiten. Im Zusammenhang mit dem Neubau des Plenarsaals und eines Konferenzbereiches sind zur Ver- und Entsorgung (Strom, Wasser, Abwasser u.a.) dieser Bereiche zusätzliche Trassen erforderlich. Zu diesem Zweck werden ein unterirdischer, begehbare Versorgungskanal vom Burggartenflügel zur Roten Marmortreppe und ein Kanal zum Burgseeflügel neu gebaut. Die Arbeiten erfolgen in vier Bauabschnitten und werden voraussichtlich Ende des Jahres 2014 abgeschlossen. Archäologen begleiten das Vorhaben.

Vom 23. bis 26. Juni nahmen rund 80 junge Leute aus dem ganzen Land an dem Beteiligungsprojekt „Jugend im Landtag“ teil. Unter dem Motto „Wir knacken das Schloss“ eroberten sie das Parlament, lernten die Arbeit der Abgeordneten kennen, schlüpfen bei einem Parlamentsspiel in die Rolle von Parlamentariern und setzten sich in fünf Workshops mit den Themen Bildung, Zukunft in M-V, Extremismus, zukunftsfähige Landwirtschaft und Willkommenskultur in Mecklenburg-Vorpommern auseinander. Höhepunkt waren die Diskussionen mit den Abgeordneten. Ein vielfältiges Rahmenprogramm sorgte für zusätzlich Spaß und Unterhaltung. Einen ausführlichen Bericht gibt es im nächsten Heft der LandtagsNachrichten.

